

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

**SEDUTA
146.
SITZUNG
2.8.1972**

Presidente: v. FIORESCHY

Vicepresidente: BERTORELLE

VI. LEGISLATURA - VI. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 154: «Nuovo ordinamento del servizio antincendi»	pag. 3
Interrogazioni ed interpellanze	pag. 45

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 154: «Neuordnung des Feuerwehrdienstes»	Seite 3
Anfragen und Interpellationen	Seite 45

Ore 10.23.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

DEMETZ (Segretario questore S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 28.7.1972.

DEMETZ (Segretario questore S.V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Comunico che si sono scusati per la loro assenza i cons. Betta, Vettori, Dejaco, Gebert-Deeg, Posch.

Benché ci sia ancora qualche interrogazione da svolgere, io proporrei di iniziare immediatamente con la trattazione del punto 5) dell'ordine del giorno: *disegno di legge n. 154: «Nuovo ordinamento del servizio antincendi»*.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich beantrage, den Bericht als gelesen zu betrachten, weil

es schon lange Zeit her ist, daß wir ihn bekommen haben. Er besteht aus einer Seite.

(*Dato che la relazione è già da molto tempo in nostro possesso, propongo di volerla dare per letta, essendo peraltro costituita da una cartella*).

PRESIDENTE: È stato chiesto di dare per letta la relazione della Giunta. C'è qualcuno che è contrario? Nessuno, allora la relazione è data per letta.

La parola al cons. Benedikter per la lettura della relazione della commissione legislativa.

BENEDIKTER (S.V.P.): (*legge*).

PRESIDENTE: La parola al cons. Paolazzi per la relazione della commissione legislativa alle finanze.

PAOLAZZI (Assessore suppl. libro fondiario - D.C.): Posso dire che la commissione finanze ha preso in esame il disegno di legge concernente l'ordinamento dei vigili del fuoco: la commissione ha approvato ad unanimità il disegno di legge.

PRESIDENTE: Apro la discussione generale sul disegno di legge. Chi prende la parola? La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Es steht heute die Genehmigung des Gesetzentwurfes über die Neufassung des Regionalgesetzes über den Feuerwehrdienst auf der Tagesordnung. Vielleicht ist es ganz gut, wenn man einen kleinen Rückblick gibt. Dieser Gesetzentwurf wurde von seiten unserer Fraktion, von seiten der Südtiroler Volkspartei noch vor fünf bzw. sechs Jahren gefordert. Damals, es war noch in der vorhergehenden Legislaturperiode, waren die Vertreter der Südtiroler Volkspartei noch in der Opposition, also nicht an der Regionalregierung beteiligt. In einem zweiten Augenblick und zwar 1969 wurde dann vereinbart, aufgrund eines neuen Koalitionsprogrammes, daß auch dieser Gesetzentwurf nun zur Behandlung und zur Verabschiedung gelangen sollte. In diesem Gesetzentwurf sind einige wichtige Punkte enthalten. Er beinhaltet in erster Linie die Durchführung des Artikels 14, so wie er im alten Autonomiestatut enthalten war und gleichzeitig die Durchführung der neuen Bestimmung aufgrund des Südtirolpaketes, wonach die Ausübung der Verwaltungsbefugnisse auf dem Gebiete des Feuerwehrdienstes auf die Provinzen delegiert werden muß; also es ist eine Mußbestimmung in das neue Autonomiestatut hineingekommen zum Unterschied von früher, wo die Verwaltungsbefugnisse delegiert werden konnten. Nun ist der Regionalrat dabei, diese Delegation vorzunehmen. Von seiten der interessierten Organisationen der Landesverbände der Freiwilligen Feuerwehren ist schon lange der Wunsch geäußert worden, diese Delegation vorzunehmen, um einerseits die Verwaltung zu beschleunigen und andererseits die Verwaltung des Feuerwehrdienstes auch zu vereinfachen. Diese Vereinfachung und Beschleunigung soll mit diesem neuen Gesetzentwurf erreicht werden. Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß man hier darauf hinweist, daß aufgrund dieser Dezentralisierung, dieser Verwaltungsübertragung nun nicht mehr der Regionalausschuß

entscheidet, sondern die zwei Landesausschüsse beschließen und daß man für die Organisation der Freiwilligen Feuerwehren nun nicht mehr eine regionale Feuerwehrkasse hat, sondern zwei Landesfeuerwehrkassen vorsieht, die ganz autonom, also ganz selbständig verwaltet werden auf Landesebene und ihren Sitz beim Landesausschuß haben werden. Die Befugnisse des Regionalinspektors sind weitgehendst den zwei Landesinspektoren übertragen worden aufgrund dieses neuen Gesetzentwurfes, so daß auch der Landesinspektor mit diesem neuen Gesetz aufgewertet wird.

Eine Neuerung, die sehr zu begrüßen ist, ist auch, daß die Bezirksinspektoren eine neue Funktion bekommen. Die Bezirksinspektoren sind nicht mehr so wie bisher nur Funktionäre des Landesverbandes der Freiwilligen Feuerwehren, sondern sind Funktionäre des Feuerwehrdienstes und zwar kann und muß der Landesinspektor in bestimmten Fällen sich der Mitarbeit der Bezirksinspektoren bedienen, um die gesamte Tätigkeit auf einer breiteren Basis schneller und rascher ausüben zu können und dafür sollten sie selbstverständlich auch honoriert werden.

Es ist auch im Gesetzentwurf enthalten, daß die Ausbildung und Schulung der freiwilligen Feuerwehrmänner nun laut Gesetz den Landesverbänden anvertraut wird, nachdem ja den Landesverbänden und dem Präsidenten des Landesverbandes die Führung und Verwaltung der Feuerwehrscheule anvertraut werden soll. Es sind viele Bestimmungen, die wirklich geeignet sind, um den Feuerwehrdienst besser zu gewährleisten und um ein Funktionieren desselben zu sichern.

Sehr wichtig — und darauf warten ja die Freiwilligen Feuerwehren ganz hart, möchte ich sagen —, ist die Neuregelung in puncto Finanzierung. Sie wissen ja, daß auf allen Gebieten immer der Ruf nach mehr Geld erklingt,

nach besserer Unterstützung und nach größerer Finanzierung. So haben auch die Freiwilligen Feuerwehren es nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß eine bessere Ausrüstung und eine bessere Ausstattung und somit ein gutes Funktionieren des Feuerwehrdienstes nur gewährleistet werden kann, wenn auch dementsprechend die Gelder von der Region zugunsten der Freiwilligen Feuerwehren fließen und deshalb hat man hier in einem eigenen Artikel die finanzielle Seite vollkommen neu geregelt. Bisher hatten die Freiwilligen Feuerwehren eine fixe Quote je Feuerwehr von 100.000 Lire und eine Kopfquote je Einwohner für ihren Zuständigkeitsbereich von Lire 100; das gilt, sagen wir, in den Normalfällen, wenn man die großen Städte, die Hauptstädte Bozen und Meran ausnimmt bzw. die Gemeinden mit über 10.000 Einwohner. Und man würde diese Kopfquote immerhin hinaufsetzen auf fast 250 Lire pro Einwohner und auch die fixe Quote der Freiwilligen Feuerwehren kommt auf 120.000 Lire hinauf, also erfolgt eine wesentliche Verbesserung. Man kann wohl sagen, daß man damit die Finanzierung so beinahe verdoppelt hat. Damit gibt man den Freiwilligen Feuerwehren wirklich die Möglichkeit besser zu funktionieren und sich besser auszurüsten. Es bleibt selbstverständlich hier das Thema der außerordentlichen Beiträge offen, aber dieses Thema ist auch im bisherigen Feuerwehrgesetz nicht genau definiert, nicht genau festgelegt, so daß von Jahr zu Jahr im Rahmen der Regionalbilanz die Höhe des Betrages festgesetzt werden muß, welcher für die Gewährung von außerordentlichen Beiträgen zugunsten der Freiwilligen Feuerwehren verausgabt werden soll. Diesbezüglich erwartet man sich auch, daß die Gelder ein klein wenig aufgestockt werden in den künftigen Jahren, denn man sieht ja von Jahr zu Jahr wie dringender, wie notwendiger eine umfassende, eine gute Ausrüstung der einzelnen Feuerwehren oder wenigstens der größeren Feuerwehren ist. Vor zehn Jahren hat

man zum Beispiel noch nicht so stark den Ruf nach Tanklöschfahrzeugen gehört, heute wird dieser Ruf immer stärker und es ist auch irgendwie zeitbedingt, denn die Gefahrenmomente sind größer, der Eingriff muß zeitgerecht, also fristgerecht erfolgen können, der in vielen Fällen, möchte ich sagen, nur durch das Vorhandensein eines Tanklöschfahrzeuges möglich ist. Also sollen und müssen die größeren Gemeinden, die größeren Feuerwehren — ich spreche nicht für alle Feuerwehren, denn das wäre doch anachronistisch — unbedingt mit einem Tanklöschfahrzeug ausgestattet werden. Wenn man bedenkt, daß ein kleines Tanklöschfahrzeug immerhin die ansehnliche Summe von 10 bis 12 Millionen Lire kostet, so wissen wir genau, daß die einzelnen Freiwilligen Feuerwehren, auch wenn von den Gemeinden unterstützt, nicht in der Lage sind, diese Kosten zu übernehmen. Wenn wir dann wissen, daß ein größeres, ein stärkeres Tanklöschfahrzeug die Summe von 18 bis 20 Millionen Lire erreicht, so wissen wir noch mehr, daß diesen Betrag die einzelnen Freiwilligen Feuerwehren allein nicht aufbringen können, auch wenn die Gemeinde das notwendige Verständnis für solche Initiativen aufbringt. Es ist also unbedingt notwendig, auch für diese Initiativen Gelder vorzusehen, in Zukunft mehr Gelder vorzusehen, damit die außerordentliche Anschaffung von Geräten und von Ausrüstungsgegenständen ermöglicht wird.

In diesem Gesetzentwurf ist dann noch im Zuge der Delegation vorgesehen, daß die Berufsfeuerwehren praktisch auf die zwei Provinzen Bozen und Trient übergehen und daß auch die Verwaltung der Berufsfeuerwehren der Landesverwaltung übertragen wird. Eine Neuerung, die bisher, möchte ich sagen, als einzige auf diesem Gebiet vorgesehen wurde. Bis heute ist eine solche Delegation nicht vorgenommen worden, niemals. Ich glaube aber, daß diese Delegation, diese weitgehende Delegie-

nung, unbedingt in den Rahmen des neuen Autonomiestatutes und der neuen Bestimmungen hineinpaßt. Also sind in diesem Gesetz diese Neuerungen vorgesehen und ich kann nur hoffen, daß dieser Gesetzentwurf rasch über die Bühne geht und dann auch mit dem Sichtvermerk der italienischen Regierung versehen wird. Damit, möchte ich sagen, geht ein lang ersehnter Wunsch der Freiwilligen Feuerwehren, aller Freiwilligen Feuerwehren endlich in Erfüllung.

(Illustrissimo Signor Presidente! All'ordine del giorno dell'odierna seduta è stata posta l'approvazione del progetto di legge concernente il riordinamento del servizio antincendi. È bene forse che a tal proposito si dia un breve sguardo retrospettivo. Questo progetto di legge era stato sollecitato ancora cinque o sei anni fa dal nostro Gruppo consiliare, vale a dire dalla Südtiroler Volkspartei. A quel tempo, mi riferisco alla legislatura precedente, i rappresentanti della Südtiroler Volkspartei si trovavano ancora all'opposizione e non partecipavano dunque alla coalizione di Giunta. In un secondo momento, cioè nell'anno 1969 si aveva concordato in base al nuovo programma di coalizione di trattare e di approvare pure questo progetto di legge, che contiene molti punti importanti. Esso prevede innanzitutto l'attuazione dell'articolo 14 del precedente statuto di autonomia e nel contempo l'applicazione delle nuove norme del cosiddetto pacchetto, secondo cui l'esercizio delle funzioni amministrative del servizio antincendi devono essere delegate alle Province; nel nuovo statuto di autonomia è stato inserito dunque una norma obbligatoria contrariamente a quanto prevedeva quello precedente, e cioè la facoltà di delega. Da parte delle organizzazioni interessate delle unioni dei corpi volontari dei vigili del fuoco già da tempo era stato espresso il desiderio di attuare tale delega, per poter semplificare e rendere quindi più celere il sistema

amministrativo del servizio in parola, la qual cosa dovrebbe venir raggiunta con l'approvazione del presente progetto di legge. Credo non sia necessario indicare che, grazie a questa decentralizzazione, vale a dire questa delega di funzioni, non sarà più la Giunta regionale a prendere le relative decisioni, ma bensì le due Giunte provinciali e che inoltre per le organizzazioni dei corpi volontari dei vigili del fuoco non vi sarà più un'unica cassa regionale, ma due casse provinciali, che verranno amministrate autonomamente ed in modo indipendente sul piano provinciale, avendo esse le proprie sedi presso le rispettive Giunte della Provincia a cui appartengono. In base a questo nuovo progetto di legge le funzioni dell'ispettore generale vengono trasferite largamente ai due ispettori provinciali, dimodoché a questi ultimi viene attribuita maggior importanza.

Un'altra innovazione, degna di plauso, riguarda la nuova funzione, che verrà affidata agli ispettori distrettuali. Questi non saranno più come finora semplici funzionari dell'unione dei corpi volontari dei vigili del fuoco, ma diventeranno funzionari del servizio antincendi e cioè in determinati casi l'ispettore provinciale può e deve servirsi della collaborazione degli ispettori distrettuali, onde poter svolgere celermente l'attività su una più ampia base, e pertanto è giustificato che i succennati funzionari ottengano un corrispondente onorario.

Il progetto di legge prevede inoltre che l'addestramento dei vigili del fuoco volontari venga affidato, per legge alle unioni provinciali, dato che la direzione della relativa scuola viene affidata alle unioni provinciali ed al loro presidente. Sono previste inoltre numerose norme, atte a garantire un miglior funzionamento del servizio antincendi.

Molto importante, a mio avviso, è il riordinamento del finanziamento, molto atteso dai corpi volontari dei vigili del fuoco. È noto che da ogni settore si sollevano voci, le quali ri-

chiedono maggiori disponibilità finanziarie e sovvenzioni. Anche i corpi dei vigili del fuoco volontari non hanno ritardato a fare presente che soltanto un miglior equipaggiamento può garantire un buon funzionamento del servizio antincendi, nonostante la Regione elargisca a favore dei corpi volontari dei vigili del fuoco i corrispondenti mezzi finanziari e per questo motivo si è provveduto con un apposito articolo a disciplinare ex novo il sistema di finanziamento in parola. Suddetti corpi ottenevano finora una quota fissa di 100.000 lire ed una quota pro capite di 100 lire per ogni abitante della propria circoscrizione di competenza; ciò vale naturalmente per i casi normali, eccezion fatta per le città maggiori, quali sono Bolzano e Merano, rispettivamente i Comuni con più di 10.000 abitanti. Le quote pro capite verranno comunque aumentate a quasi 250 lire, mentre la quota fissa a favore di ogni singolo corpo dei vigili del fuoco volontari sarà portata a 120.000 lire, per cui si registrerà un notevole miglioramento, anzi il finanziamento subirà quasi un raddoppio. In questo modo si offre ai corpi la possibilità di equipaggiarsi e quindi di funzionare meglio. Il problema dei contributi straordinari rimane però ancora aperto, ma lo stesso non era meglio definito neppure nella precedente legge sul servizio antincendi, dimodoché l'ammontare dell'importo, per la concessione dei contributi straordinari a favore delle precitate organizzazioni dovrà essere stabilito di anno in anno nel bilancio regionale. A tal riguardo ci si attende che nei prossimi anni i rispettivi mezzi vengano sensibilmente aumentati, in quanto di anno in anno si nota come sia necessario un buono, un più completo equipaggiamento dei vigili del fuoco. Un decennio fa, ad esempio, non si avvertiva come ora l'esigenza di autobotti, attualmente però tale richiesta si fa sempre più pressante ed in certo qual modo è adeguata ai tempi, poiché i momenti di pericolo sono maggiori e l'intervento deve avvenire ce-

lamente, in tempo utile, ed oso dire che in molti casi ciò è soltanto possibile con l'impiego di autobotti. In ogni Comune maggiore, vale a dire ogni corpo dei vigili del fuoco di una certa consistenza — non intendo tutte le organizzazioni, poiché ciò sarebbe anacronistico — dovrebbe disporre di un'autobotte. Se si considera che una piccola autobotte costa la riguardevole somma di 10-12 milioni di lire, viene da sé che i singoli corpi dei vigili del fuoco volontari, non sono in grado di assumersi questi oneri, neppure con l'aiuto finanziario dei Comuni. Si consideri inoltre che autobotti maggiori, più capienti, raggiungono la somma di 18-20 milioni di lire è ancora più comprensibile che i corpi in questione non riescono fare fronte a questa spesa, nonostante che il Comune dimostri massima comprensione per simili iniziative. È quindi assolutamente necessario provvedere in futuro a tale scopo più denaro per rendere possibile l'acquisto straordinario di attrezzi e del necessario equipaggiamento.

Nel presente progetto di legge è previsto che mediante suddetta delega i corpi permanenti dei vigili del fuoco passino praticamente alle due Province di Bolzano e Trento, ivi compresa la parte amministrativa. È questa una innovazione, che può essere considerata l'unica finora prevista in tale settore, in quanto fino ad oggi simile delega non è mai stata attuata. Credo tuttavia che questo atto di ampia delega sia adeguato nell'ambito del nuovo statuto di autonomia e delle nuove norme. La presente legge quindi prevede queste innovazioni e mi auguro che il progetto in parola venga approvato al più presto e che venga vistato dal Governo Italiano. Infine desidero affermare che con questo atto si adempie finalmente ad un sospirato desiderio dei corpi, anzi di tutti i corpi volontari dei vigili del fuoco).

PRESIDENTE: La parola al cons. Avancini.

AVANCINI (P.S.D.I.): Signor Presidente, io sono d'accordo con il cons. Dalsass che si tratta di un disegno di legge molto importante, di un disegno di legge che ha richiesto, in base di quello che ha detto la relazione, un grosso impegno da parte del presentatore, dal Presidente Grigolli e dall'assessore competente e dall'assessore Matuella, e un grosso impegno anche da quelle commissioni di esperti che lo hanno elaborato; mi pare però che questo impegno sia stato coronato da successo, in quanto la commissione competente ha approvato all'unanimità questo disegno di legge. Si tratta di una legge delegata, delegata obbligatoriamente perché mi pare che le nuove norme del « pacchetto » prevedono che la delega per il servizio antincendi sia addirittura obbligatoria. C'è una questione però, signor assessore, sulla quale io la pregherei di darmi qualche maggiore delucidazione dal momento che il mio gruppo non fa parte della commissione che ha esaminato questo disegno di legge. Io sono perfettamente d'accordo, anzi mi pare che sia una innovazione molto importante quella contenuta nel disegno di legge, cioè che il servizio antincendi e la protezione civile procedano di pari passo. Non è il caso di richiamare né di rievocare i meriti di questi servizi antincendi, abbiamo avuto occasione di sperimentarli specialmente durante l'alluvione e in molti altri casi, ma durante l'alluvione abbiamo potuto constatare anche delle lacune, delle carenze, non imputabili naturalmente alla buona volontà degli uomini, volontà che è stata superiore ad ogni aspettativa, ma imputabile alla carenza legislativa in questo settore. Nella sua relazione, assessore Matuella, si dice giustamente che il servizio antincendi e la protezione civile debbano procedere parallelamente, attraverso un coordinamento della iniziativa nell'interesse della collettività. Io

vorrei che lei mi dicesse qualche cosa di più su questo coordinamento dell'iniziativa, affinché non resti una lodevole enunciazione, ma che poi nella pratica questo coordinamento sia demandato ad enti, che coordinati non sono. E mi sembra importante chiarire questo argomento, mi sembra il criterio informatore più notevole di questo disegno di legge, che rimedia certamente ad una lacuna che ha dato adito a degli inconvenienti anche abbastanza gravi. Io mi ricordo le discussioni e anche le polemiche che c'erano state a suo tempo quando c'è stata l'alluvione.

Io la ringrazio fin d'ora per quello che lei potrà dire in questo senso. Naturalmente anch'io desidero sottolineare qui la necessità di non risparmiare troppi mezzi in questo servizio, perché si è dimostrato un servizio veramente importante, veramente essenziale nello interesse della nostra popolazione, non solamente nello spegnere gli incendi, non solamente nella protezione civile, ma sappiamo che i nostri vigili fanno tanti e tanti altri servizi, per i quali non sono assolutamente retribuiti. Io vorrei pregarla, signor assessore e signor Presidente della Giunta regionale, di tenere conto anche di questo. Io non sono qui per proporre una pensione per i vigili del fuoco, però vorrei che lei spendesse una parola nella sua replica, se possibile, assicurando che si terrà conto delle particolari situazioni, che si potrà pensare anche a dare un contributo straordinario a questi bravi vigili, che fanno servizi gratuiti nell'interesse della collettività, anche per invogliare i giovani a partecipare a questa attività. Io credo che, non ho dati precisi, ma mi pare che anche i giovani contribuiscano volentieri, cioè partecipano volentieri a queste associazioni di vigili del fuoco volontari, e quindi sarebbe bene manter viva questa fiamma di solidarietà umana, questa fiamma di aiuto reciproco che è molto importante, specialmente per quanto riguarda i giovani. Quindi occorre tenere conto che i vigili del fuo-

co fanno servizi anche all'infuori di quello che è il loro specifico compito e rendono un servizio a tutti: nei nostri paesi sappiamo che i vigili del fuoco fanno anche i vigili urbani e tanti altri servizi molto importanti. Quindi sarebbe bene prevedere un qualche cosa, un premio una tantum, un premio permanente, non lo so, per, ripeto, invogliare a far di più e, se possibile, a fare meglio.

Comunque, questo mi sembrava di dover dire a nome del mio gruppo, dichiarando fin d'ora il voto favorevole a questo disegno di legge.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

MATUELLA (Assessore enti locali e servizio antincendi - D.C.): Brevemente, anche perché mi sono state sottoposte alcune domande, fra le quali quelle del cons. Avancini, al quale è giusto evidentemente dare una risposta. Negli interventi mi pare che sia il cons. Dalsass che il cons. Avancini si sono dichiarati senz'altro d'accordo sulla impostazione generale del disegno di legge, il quale, rispetto all'ordinamento attuale del servizio antincendi, mi pare che dà una impostazione notevolmente più organica e una configurazione più precisa ad alcuni aspetti che fino ad ora erano lasciati in ombra, non chiariti, in particolare per quanto riguarda i compiti rispettivamente delle diverse persone, dei diversi organismi, che nell'ordinamento del servizio antincendi hanno da intervenire. È stato posto in rilievo qui quali sono gli elementi particolarmente innovatori di questo disegno di legge rispetto alla situazione attualmente esistente. Evidentemente l'aspetto più rilevante e quello che più immediatamente salta all'occhio riguarda la delega a favore delle Province, che è prevista in maniera assai ampia, e del resto questo rientra nel preciso disposto del nuovo Statuto di autonomia, il quale prevede non

soltanto la delega a favore delle Province, ma la delega obbligatoria; delega obbligatoria che è un istituto giuridico che, come tale, è del tutto nuovo, e quindi ha posto anche a noi alcuni problemi di interpretazione per riuscire ad individuare esattamente la portata di questa delega obbligatoria. Ad avviso della Giunta, delega obbligatoria non significa che si vada al di fuori dell'istituto della delega nella sua configurazione, e quindi delega è, anche se con questa collocazione particolare che è obbligatoria, e quindi ci deve essere, e dalla quale, non senza qualche nostra perplessità, abbiamo tirato delle conseguenze per quanto riguarda in particolare la posizione del personale che, sulla base di una certa interpretazione di delega obbligatoria, si è ritenuto di poter trasferire alle Province, con una configurazione che è del tutto nuova e che, ripeto, ha richiesto a noi un esame notevole e delle perplessità, come è abbastanza normale che capitino quando ci si trova di fronte ad una situazione che non abbia dei precedenti.

Un altro aspetto sul quale io voglio ritornare perché lo considero fondamentale agli effetti dell'ordinamento del servizio antincendi, riguarda il ruolo che viene precisato, che viene configurato, degli ispettori distrettuali o comprensoriali. La dizione tiene conto di un problema proprio di espressione, nel senso che da noi in provincia di Trento si parla di comprensori, in provincia di Bolzano si parla di distretti. Accanto ad una impostazione che va avanti da qualche tempo e che cerchiamo di portare avanti, nel senso di potenziare i corpi che sono al centro dei distretti, rispettivamente dei comprensori, abbiamo dovuto dare agli ispettori distrettuali, che sono la figura preminente e dominante di questi, una configurazione giuridica e non semplicemente una posizione di puro fatto.

Un altro aspetto pure rilevante riguarda il nuovo, diverso e quantitativamente maggiore

sistema, che è stato previsto per quanto riguarda il finanziamento dei corpi per i contributi ordinari e per i contributi straordinari. È questo un aspetto che tiene conto delle maggiori necessità, delle necessità quindi che i corpi siano dotati di mezzi, che sono mezzi costosi, ed evidentemente questo aspetto richiedeva conseguentemente che i mezzi venissero adeguati a queste necessità.

Innanzitutto ringrazio il cons. Avancini e il cons. Dalsass per gli apprezzamenti che hanno fatto nei confronti della Giunta, riconoscendo il lavoro veramente lungo e anche faticoso che si è dovuto fare per arrivare ad una formulazione accettabile, tenendo conto che vi sono situazioni simili ma anche diverse tra le due Province. Quindi l'unico disegno di legge riteneva che si trovassero aggiustamenti, in modo da non introdurre delle forzature, in modo da tenere conto delle giuste esigenze che venivano da parte del personale regionale, corpi permanenti, e da parte dei vigili volontari, riuniti nelle unioni, che abbiano sentito ripetutamente e delle cui osservazioni abbiamo tenuto conto nella misura più larga possibile in questo disegno di legge; difatti le unioni su questa impostazione sono senz'altro d'accordo.

E quale è, in fondo, il problema del rapporto fra servizio antincendi e protezione civile? Anche nella relazione, come il cons. Avancini ha giustamente richiamato, noi abbiamo posto in risalto questa necessità di un procedere unitario del servizio antincendi e di protezione civile. La dizione dell'art. 1, che poi in commissione abbiamo modificato più nella forma che nella sostanza, vuole appunto tenere conto di questa impostazione, che per noi non è nuova, e che si è anzi prodotta in quel nostro ricorso, alla Corte costituzionale contro la legge nazionale sulla protezione civile; impostazione che vede il servizio specifico, non solamente nello spegnimento degli incendi che ormai costituisce una parte non rilevantissi-

ma della attività dei vigili del fuoco, ma proprio in tutto quel complesso di attività che oggi i vigili del fuoco svolgono. Fra queste attività, quella della protezione civile evidentemente è di estrema importanza. La Corte costituzionale non ci ha dato ragione su quel ricorso presentato, il ricorso è stato respinto, ritenendo le nostre ragioni non fondate. Noi, le nostre ragioni intendiamo praticamente ribadire in questo disegno di legge, e l'art. 1 a questo proposito mi sembra sufficientemente chiaro, cioè, secondo noi, per avere una attività che venga svolta in maniera coordinata, ci sembra logico, giusto, opportuno che venga incentrandosi proprio sul servizio antincendi, che anche della protezione civile deve costituire il nucleo fondamentale. Esperienze abbastanza recenti, dice il cons. Avancini, hanno posto in rilievo delle sfasature, dei mancati coordinamenti. Ecco, è proprio a questo che noi vogliamo porre rimedio, e a questo si può porre rimedio quando in una determinata attività, nella quale molti sono o possono essere interessati, vi è qualcuno che coordina il tutto, altrimenti le varie iniziative, animate dalle migliori intenzioni, evidentemente possono portare a sfasamenti, con il risultato che quello che si ottiene è molto di meno di quello che si potrebbe ottenere attraverso un discorso coordinato. È chiaro che questo è un problema che deve essere ancora migliorato, non dico ancora affrontato perché non vi abbiamo pensato e anche l'acquisto dei mezzi che stiamo facendo tiene conto proprio di problemi e di interventi connessi anche con la protezione civile, ma è evidente che interventi di quel tipo richiedono però una dotazione di mezzi, sicuramente notevole, che non può essere dispersa in un numero notevole di corpi, e che deve essere concentrata sui corpi permanenti e su alcuni dei fondamentali corpi distrettuali, e qui torna ancora il ruolo fondamentale che a questa organizzazione intendiamo affidare. Non è una cosa nuova, già da qualche anno at-

traverso l'erogazione dei contributi, attraverso l'azione di convincimento, stiamo cercando di potenziare quei corpi che nei vari comprensori, nei vari distretti hanno funzione preminente e quindi di coordinamento e di intervento in casi di necessità particolari.

Evidentemente non posso non essere d'accordo sulla esigenza avanzata dal cons. Avancini di far sì che i corpi volontari abbiano un continuo apporto dei giovani. È la condizione perché i corpi possano continuare ad operare; se dovessimo non avere più il ricambio, evidentemente i corpi sarebbero destinati a scomparire. Debbo dire, per nostra consolazione, che questo si verifica in misura notevole; evidentemente ci sono le eccezioni, ma, guardando il quadro a livello generale, vediamo che i corpi aumentano di numero, ripeto, le eccezioni si trovano nei piccoli corpi di zona dove l'emigrazione o altre situazioni di natura particolare connesse con l'esodo rendono evidentemente difficile la realizzazione di questo problema. Non credo che questo incentivo possa essere rappresentato da forme come quelle che abbiamo visto indicarci in una interrogazione o in una interpellanza presentata in questi giorni dai consiglieri del P.P.T.T., cioè il volontarismo deve essere veramente tale e deve restare tale, perché l'introdurre forme di pensionamenti e di premi di qualunque genere verrebbe a cambiare la sua collocazione fondamentale. E difatti questo è un qualche cosa che a noi i vigili non hanno mai chiesto; se ci possono essere singole persone che possono auspicarlo, è un'altra cosa perché al denaro è sempre difficile dire di no, però chi, ed è la stragrande maggioranza, nel corpo dei vigili del fuoco volontari opera con lo spirito del volontarismo, evidentemente non può poi essere d'accordo che a questo volontarismo ci sia un corrispettivo che si traduca in denaro. Se questo è rappresentato da dei riconoscimenti di natura morale, questi evidentemente sono sempre graditi, e lo abbiamo fatto, lo fac-

ciamo e lo faremo, perché ci sembra doveroso, ma al di là di questo dico veramente che non siamo d'accordo.

Concludo nel richiamare ancora ai colleghi l'importanza e il rilievo che questo nuovo ordinamento ha e dovrà avere, secondo noi, nella riorganizzazione del servizio antincendi, nel senso di offrire gli strumenti necessari per fare questo, con una precisa configurazione di ordine giuridico, nel dare i mezzi e, attraverso una articolazione che si innesta su una situazione di fatto ma intende su questa innovare, evidentemente fare veramente in modo che tutto quel complesso di compiti, che il servizio antincendi da noi svolge, abbia veramente la possibilità di svolgerlo in maniera sempre più adeguata.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato ad unanimità .

Art. 1

Il servizio regionale antincendi ha il compito di prevenire ed estinguere gli incendi ed in genere di predisporre ed attuare i provvedimenti necessari per assicurare in caso di calamità naturale o catastrofe i seguenti servizi:

- 1) *interventi tecnici urgenti;*
- 2) *assistenza di primo soccorso alle popolazioni colpite.*

Il servizio regionale antincendi è ordinato sulla base dell'articolo 63 della IV^a convenzione di Ginevra del 12 aprile 1949 per la protezione delle persone civili in tempo di guerra, convertita in legge dello Stato 27 ottobre 1951, n. 1739, e deve rispondere alle disposizioni contenute in tale articolo.

Il servizio regionale antincendi comprende:

- 1) l'ispettore regionale del servizio antincendi;
- 2) gli ispettori provinciali e distrettuali o comprensoriali del servizio antincendi;
- 3) i Corpi permanenti dei vigili del fuoco;
- 4) i Corpi dei vigili del fuoco volontari;
- 5) le scuole provinciali antincendi.

Fanno parte del servizio antincendi le squadre aziendali antincendi.

Pongo in votazione l'art. 1: approvato ad unanimità.

Art. 2

Le funzioni amministrative previste dagli articoli 4, 5, 6, 7, 9, 10, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 27, 28, 29, 33, 36, 37, 38, 45, 46 della presente legge sono esercitate, per delega della Regione, dalle Province autonome di Trento e di Bolzano.

Le Giunte provinciali devono far pervenire copia dei provvedimenti adottati, entro quindici giorni, al Presidente della Giunta regionale, il quale, ove ritenga un provvedimento non conforme alle norme di cui alla presente legge o alle direttive impartite dalla Giunta regionale, può formulare le sue osservazioni, entro quindici giorni dal ricevimento del provvedimento, alla Giunta provinciale competente e alla Delegazione della Corte dei Conti.

La Giunta regionale può sostituirsi alle Giunte provinciali nell'esercizio delle funzioni delegate, in caso di persistente inerzia o di violazione della presente legge, o delle direttive regionali.

La Giunta regionale cura, nell'ambito delle sue competenze, il coordinamento delle norme che disciplinano il servizio antincendi nella Regione con quelle che disciplinano l'analogo servizio statale ed assicura il coordinamento del servizio svolto nelle due Province con quello svolto fuori dal territorio regionale.

Spetta alle Province autonome di coordinare l'attività degli enti pubblici locali interessate il servizio antincendi con l'eventuale intervento degli organi statali utilizzando anche, ove occorre, l'opera degli enti pubblici istituzionali e delle organizzazioni private di soccorso e di assistenza.

Le Province autonome possono avvalersi degli organi del servizio antincendi per l'esercizio delle proprie funzioni, relative a pubbliche calamità.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Der zuständige Regionalassessor hat sich kurz über grundsätzliche Fragen geäußert, die bei diesem Gesetz behandelt und irgendwie entschieden werden; darunter auch die Frage über die Durchführung und Übertragung...

Unterbrechung

BENEDIKTER (S.V.P.): ... Er hat unterstrichen, daß es sich immer um eine Übertragung der Verwaltungsbefugnisse handelt, auch wenn aufgrund des Artikels 9, des neuen Verfassungsgesetzes vom 10. November 1971, Nr. 1, also gemäß Paket diese Übertragung der Verwaltungsbefugnisse verfassungsrechtlich zur Pflicht gemacht wird, bleibt es letztlich eine Übertragung der Verwaltungsbefugnisse und bewirkt nicht gewissermaßen eine Abtretung derselben. Das stimmt selbstverständlich, nur möchte ich folgendes hinzufügen: Der Assessor hat von Bedenken, von „perplexität“ gesprochen hinsichtlich einer bestimmten Regelung und was die Überführung des Personals und der Berufsfeuerwehrkörperschaften, sowie der Berufsfeuerwehrkurse in die Stellenpläne der Provinz anbelangt. Ich möchte sagen, ja es stimmt, es bleibt eine Übertragung von Befugnissen. Die Region behält die Gesetzgebung und

die Verordnungsgewalt, überträgt aber die Befugnisse, von denen im Artikel 2 die Rede ist. Im Augenblick jedoch, wo diese Übertragung unwiderruflich wird — und zwar das Verfassungsgesetz unwiderruflich wird — im Artikel 9 des neuen Verfassungsgesetzes steht: « Die Übertragung kann nicht widerrufen werden », verliert diese Übertragung eine der wesentlichen Merkmale. In diesem Sinne hat sich der Verfassungsgerichtshof im Urteil vom Jahre 1958 ausgesprochen: Fällt nämlich die Möglichkeit des Widerrufs, also dieses eine wesentliche Merkmal weg, ergeben sich eben doch Folgen. Folgerungen in diesem Sinne sind hier vom Regionalausschuß auch abgeleitet worden, nicht wahr, und meiner Ansicht sind diese verfassungsrechtlich eben einwandfrei: Da diese Befugnisse ständig und für immer übertragen und damit von der Provinz ausgeübt werden, ist es gerechtfertigt, daß auch die Organisationen, gewissermaßen die personell-organisatorischen Mittel, eben auch endgültig übergeführt werden. Ich möchte das eben nur als eine verfassungsrechtliche Rechtfertigung anführen. Im übrigen steht ja im Artikel 2 — und damit ist die Übertragung gekennzeichnet —, daß die Regionalausschüsse im Falle der Untätigkeit oder Zuwiderhandlung der Landesausschüsse gegen das Gesetz oder sogar Zuwiderhandlung derselben gegen allgemeine Richtlinien der Region, der Regionalausschuß die Ersatzvornahme ausüben, also anstelle der Landesausschüsse Beschlüsse fassen kann. Damit kommt schon sehr stark zum Ausdruck, daß es sich hier nicht um eine autonome Befugnis, sondern um eine übertragene Verwaltungsbefugnis handelt.

(L'Assessore regionale competente ha sfiorato brevemente questioni essenziali, che vengono trattate ed in certo qual modo decise con l'approvazione di questa legge; ha sollevato

fra l'altro il problema dell'attuazione e del trasferimento...

Interruzione

BENEDIKTER (S.V.P.): ... egli ha messo in evidenza, che si tratta pur sempre di un trasferimento delle funzioni amministrative, anche se in base all'articolo 9 della nuova legge costituzionale del 10 novembre 1971 n. 1, dunque secondo il cosiddetto pacchetto, il trasferimento delle menzionate funzioni è reso costituzionalmente obbligatorio, in definitiva trattasi pur sempre di un trasferimento che non comporta la cessione delle funzioni in parola. Ciò naturalmente è vero, tuttavia desidero aggiungere quanto segue: l'Assessore ha parlato di perplessità riguardo una determinata regolamentazione, il trasferimento del personale, dei corpi permanenti dei vigili del fuoco, nonché dei corsi di addestramento per gli stessi, negli organici della Provincia. Desidero fare presente che è vero, si tratta di un trasferimento delle funzioni. La Regione mantiene il potere legislativo ed il regolamento, ma delega le funzioni di cui all'articolo 2. Dal momento però che l'atto di delega è irrevocabile — nell'articolo 9 della nuova legge costituzionale si legge infatti: « La delega non può essere revocata », — il trasferimento in parola perde una delle essenziali caratteristiche. La Corte Costituzionale si è pronunciata con sentenza dell'anno 1958, in tal senso: viene a mancare la possibilità di revoca, dunque questa essenziale caratteristica, vi sono conseguenze. La Giunta regionale ha tratto anche in tal senso delle conseguenze che, a mio avviso, dal punto di vista costituzionale, sono ineccepibili: dato che queste funzioni vengono delegate per sempre e quindi esercitate dalle Province, è giustificato trasferire definitivamente pure le organizzazioni, in certo qual modo i relativi mezzi ed il personale. Del resto l'articolo 2 prevede — contraddistinguendo la delega —

che in caso di inoperosità o di trasgressione da parte delle Giunte provinciali della legge od addirittura delle direttive generali della Regione, la Giunta regionale può esercitare funzioni integrative, vale a dire sostituirsi nelle deliberazioni alle Giunte provinciali. In questo modo è stato posto chiaramente in evidenza che non trattasi di competenze autonome ma della delega di funzioni amministrative).

PRESIDENTE: Comunico che è stato presentato un emendamento a firma Benedikter, Dalsass: all'art. 2, 1° comma, dopo la parola « Regione » inserire le parole « a sensi dello art. 9 della legge costituzionale 10.11.1971, n. 1 ».

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich möchte die besondere Aufmerksamkeit darauf hinlenken und daran erinnern, daß es eine besondere Art von Übertragung ist, die im Verfassungsgesetz vorgesehen ist, damit jeder der es liest weiß, warum hier das Personal übergeführt wird.

(Desidero richiamare l'attenzione del Consiglio e ricordare che si tratta di una delega particolare, prevista dalla Legge Costituzionale, dimodoché coloro, che leggeranno questo documento, conoscano il motivo del trasferimento del personale).

PRESIDENTE: Chi vuol prendere la parola sull'emendamento proposto? Nessuno.

Metto in votazione l'emendamento: unanimità.

Metto in votazione l'art. 2: approvato ad unanimità.

Art. 3

Le società di assicurazione contro i rischi di incendi, operanti nella regione, sono tenute a versare alla Giunta regionale, limitatamente ai contratti posti in essere sui beni siti nella regione, un contributo — senza diritto di rivalsa sugli assicurati — pari alla misura stabilita dalle leggi dello Stato sui premi annualmente introitati dalle società medesime, qualunque sia l'esercizio a cui essi si riferiscono.

L'ammontare di tale contributo è fissato ogni anno, sulla base dell'importo dei premi riscossi durante l'anno precedente, da denunciarsi dalle società entro il 31 maggio, con decreto del Presidente della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta; con lo stesso decreto sono fissate le modalità ed i termini del versamento del contributo stesso.

Pongo in votazione l'art. 3: approvato ad unanimità.

Art. 4

Nell'ambito del servizio regionale antincendi è istituita in ciascuna Provincia una Cassa provinciale antincendi.

Le entrate della Cassa provinciale antincendi sono costituite:

a) dal contributo sui premi di assicurazione contro gli incendi, di cui al precedente articolo, ripartito dalla Giunta regionale in parti eguali fra le due Casse provinciali;

b) dalle rendite dei beni patrimoniali e dai contributi eventuali di enti e privati;

c) dal contributo della Provincia;

d) dall'assegnazione integrativa della Regione.

Con le entrate della Cassa provinciale antincendi si provvede:

a) all'erogazione di sovvenzioni a pareggio del bilancio del Corpo permanente e di quello della scuola provinciale antincendi;

b) al pagamento dei contributi per il funzionamento dei Corpi volontari, di cui al successivo articolo 32;

c) alla concezione di sussidi all'Unione provinciale ed alle Unioni distrettuali dei vigili del fuoco volontari;

d) alla erogazione di sovvenzioni ad integrazione dei bilanci dei Comuni per il servizio antincendi;

e) al pagamento delle indennità per infortuni previste dal successivo articolo 35;

f) al pagamento dell'indennità di carica agli ispettori comprensoriali o distrettuali;

g) al pagamento del compenso ai componenti il collegio dei revisori della Cassa ed alle spese di funzionamento della Cassa.

Pongo in votazione l'art. 4: approvato ad unanimità.

Art. 5

Il bilancio della Cassa provinciale antincendi, comprensivo di quelli del Corpo permanente e della scuola provinciale antincendi, fa parte come allegato del bilancio provinciale.

Il bilancio di previsione, deliberato dal consiglio di amministrazione, viene inviato per l'approvazione alla Giunta provinciale entro il 30 settembre dell'anno precedente a quello a cui si riferisce il bilancio stesso. Il conto consuntivo è presentato alla Giunta provinciale per l'approvazione entro il mese di maggio dell'anno successivo.

Pongo in votazione l'art. 5: approvato ad unanimità .

Art. 6

Le Casse provinciali antincendi sono amministrate da un consiglio nominato dalla Giunta provinciale e composto:

— da un Assessore provinciale designato dalla Giunta provinciale, quale presidente;

— dall'ispettore provinciale antincendi con funzioni di vicepresidente;

— dal presidente dell'Unione provinciale e da altri sei membri, di cui due sindaci dei Comuni della rispettiva provincia e di quattro membri designati dalla rispettiva Unione provinciale.

Funge da segretario un funzionario dell'Amministrazione provinciale.

Il consiglio di amministrazione deve essere sentito dalla Giunta regionale per tutti i provvedimenti legislativi e regolamentari concernenti il servizio antincendi; in tal caso l'Assessore regionale preposto al servizio antincendi convoca e presiede i consigli di entrambe le province in seduta comune.

Il consiglio di amministrazione funge anche da organo consultivo della Regione e della Provincia in materia antincendi.

La composizione del consiglio di amministrazione per la Provincia autonoma di Bolzano deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici così come essi sono rappresentati in seno al Consiglio provinciale.

Il consiglio di amministrazione dura in carica per la durata della legislatura; tutti i suoi membri possono essere confermati. In caso di vacanza nel corso della legislatura, le nuove nomine hanno effetto sino allo scadere del quinquennio.

Per le responsabilità dei componenti il consiglio di amministrazione si applicano le norme in vigore per le responsabilità degli amministratori comunali.

Pongo in votazione l'art. 6: approvato ad unanimità.

Art. 7

La gestione finanziaria di ciascuna Cassa provinciale antincendi e quelle del Corpo per-

manente e della scuola provinciale antincendi sono soggette al riscontro di un collegio dei revisori composto di tre membri effettivi e costituito da un magistrato della Corte dei Conti, con funzioni di presidente, e da due funzionari provinciali di cui uno della carriera direttiva del ruolo amministrativo ed uno della carriera direttiva del ruolo della ragioneria. Per ogni membro effettivo, escluso il presidente, viene nominato un membro supplente.

Il collegio dei revisori dura in carica per la durata della legislatura e viene nominato con deliberazione della Giunta provinciale.

Il collegio esamina e riferisce alla Giunta provinciale sui progetti di bilancio preventivo e sul conto consuntivo della Cassa provinciale antincendi, del Corpo permanente e della scuola provinciale antincendi e compie tutte le verifiche necessarie per l'accertamento del regolare andamento delle tre gestioni. La relazione del collegio dei revisori dei conti sul conto consuntivo della Cassa provinciale antincendi, deve essere allegata al rendiconto del relativo anno finanziario della rispettiva Provincia.

I progetti dei bilanci preventivi e dei conti consuntivi devono essere sottoposti all'esame del collegio dei revisori almeno quindici giorni prima della riunione dell'organo competente ad approvarli, dedicata all'approvazione dei bilanci stessi.

La Giunta provinciale determina gli emolumenti da corrispondere ai membri del collegio dei revisori.

La composizione del collegio dei revisori della Cassa provinciale antincendi di Bolzano deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici che sono rappresentati nel Consiglio provinciale.

Pongo in votazione l'art. 7: approvato ad unanimità.

Art. 8

L'ispettore regionale del servizio antincendi ha sede presso la Giunta regionale ed espleta i seguenti compiti:

a) provvede al coordinamento dell'attività del servizio regionale con quella del servizio nazionale antincendi;

b) impartisce le istruzioni per la scelta e l'uso dei materiali e ne indica le caratteristiche;

c) formula alla Giunta regionale proposte di carattere tecnico-organizzativo per il migliore funzionamento del servizio;

d) predispone i provvedimenti di competenza della Giunta regionale;

e) esercita funzione ispettiva nei confronti degli ispettori provinciali.

Al conferimento del posto di ispettore regionale antincendi di cui alla tabella allegata alla presente legge provvede, con propria deliberazione, la Giunta regionale mediante scelta tra il personale dei ruoli tecnici ufficiali della carriera direttiva.

All'art. 8 è stato presentato un emendamento a firma Dalsass, Matuella e Vaja: «La Giunta regionale, in caso di vacanza o di impedimento permanente dell'ispettore regionale, può affidarne le funzioni ad uno degli ispettori provinciali».

Chi chiede la parola su questo emendamento? Nessuno.

Metto in votazione l'emendamento: unanimità.

Metto in votazione tutto l'art. 8: approvato ad unanimità.

Art. 9

Gli ispettori provinciali sono organi di vigilanza del servizio antincendi nella rispettiva provincia, hanno il comando dei Corpi permanenti e svolgono i seguenti compiti:

a) curano l'organizzazione tecnica dei servizi antincendi e dei soccorsi in genere nella rispettiva provincia;

b) provvedono al funzionamento del Corpo permanente e alla disciplina del personale dipendente;

c) provvedono alla gestione del Corpo permanente;

d) eseguono le disposizioni emanate dalla Giunta provinciale e dall'Assessore provinciale che sovrintende al servizio, per quanto concerne i soccorsi tecnici in caso di pubbliche calamità;

e) predispongono gli atti relativi alla determinazione da parte della Giunta provinciale, degli stabilimenti, industrie, aziende, depositi, tenuti ad istituire un proprio servizio prevenzione e di estinzione degli incendi indicando le dotazioni minime di personale e di materiale per detto servizio, nonché le caratteristiche tecniche dei mezzi da impiegare;

f) predispongono gli atti relativi alla istituzione, da parte della Giunta provinciale, di distaccamenti del Corpo permanente e di posti di vigilanza;

g) dispongono le visite ed i controlli ai locali adibiti a depositi e industrie pericolosi, ad autorimesse pubbliche ed ai locali adibiti a pubblici spettacoli prima della concessione della licenza di esercizio da parte delle autorità competenti;

h) dispongono in casi di incendi di particolare entità o di gravi calamità naturali, la mobilitazione dei Corpi dei Vigili del fuoco volontari per i necessari interventi;

i) provvedono all'esame di tutti i progetti relativi alla costruzione di acquedotti;

l) esercitano le altre funzioni attribuite dalla presente legge e da altre leggi e regolamenti statali, regionali e provinciali;

m) fanno parte, quali membri di diritto, della Commissione edilizia del Comune capoluogo di provincia.

Per l'esercizio delle funzioni delegate ed il coordinamento organico con quelle proprie, le Province sono autorizzate ad istituire il posto di ispettore provinciale del servizio antincendi e ad assumere nel proprio ordinamento degli uffici e del personale gli appartenenti al Corpo permanente, attenendosi alle direttive fondamentali stabilite dalla presente legge.

Pongo in votazione l'art. 9: approvato ad unanimità.

Art. 10

Ciascuna Provincia è ripartita, per l'espletamento del servizio antincendi, in circoscrizioni comprensoriali o distrettuali, secondo le determinazioni della Giunta provinciale competente.

A ciascuna circoscrizione è preposto un ispettore.

L'ispettore comprensoriale o distrettuale esercita, secondo le direttive dell'ispettore provinciale, la vigilanza sui Corpi dei vigili del fuoco volontari dei Comuni compresi nella circoscrizione medesima ed esercita gli altri compiti che gli sono affidati dall'ispettore provinciale.

Esercita altresì le funzioni attribuitegli da leggi e regolamenti regionali e provinciali.

L'ispettore comprensoriale o distrettuale è nominato dal Presidente della Giunta provinciale, sentito l'ispettore provinciale, su una terna di nominativi designati a scrutinio segreto dall'Assemblea dei comandanti dei Corpi volontari della rispettiva circoscrizione.

Rimane in carica per la durata di cinque anni e può essere riconfermato.

All'ispettore comprensoriale o distrettuale viene assegnata una indennità di carica la cui misura è stabilita dal consiglio di amministrazione della Cassa provinciale antincendi.

Pongo in votazione l'art. 10: approvato ad unanimità.

Art. 11

Gli ispettori comprensoriali o distrettuali sono designati tra i cittadini iscritti nelle liste elettorali dei Comuni della regione, i quali abbiano compiuto gli anni venticinque e non superato gli anni sessanta ed abbiano fatto parte per almeno cinque anni dei Corpi volontari o permanenti.

La carica di ispettore comprensoriale o distrettuale è incompatibile con quella di sindaco o di assessore comunale.

Pongo in votazione l'art. 11: approvato ad unanimità.

Art. 12

I Corpi permanenti svolgono la loro attività alle dipendenze degli ispettori provinciali del Servizio antincendi, hanno un proprio organico secondo le tabelle allegate « A » « B » e « C » ed una propria gestione finanziaria.

Alla gestione finanziaria dei Corpi sono preposti gli ispettori provinciali antincendi che vi provvedono:

a) coi proventi delle prestazioni a pagamento;

b) con l'assegnazione integrativa a carico della Cassa provinciale antincendi.

Le spese per l'acquisto degli automezzi, dei motomezzi e del materiale tecnico dovranno essere preventivamente autorizzate dalla Cassa provinciale antincendi competente per territorio.

Il progetto di bilancio preventivo predisposto dall'ispettore provinciale, viene inviato, per l'approvazione, alla Cassa provinciale antincendi entro il 15 settembre dell'anno precedente a quello in cui si riferisce il bilancio stesso. Il progetto di conto consuntivo è presentato alla Cassa provinciale antincendi, per l'approvazione, entro il mese di aprile dell'anno successivo.

Con il regolamento di esecuzione della presente legge, vengono stabilite le tariffe per le prestazioni a pagamento, tenuto conto del loro costo, e le modalità di versamento delle tariffe medesime.

Pongo in votazione l'art. 12: approvato ad unanimità.

Art. 13

È istituito il ruolo tecnico ufficiali della carriera di concetto in conformità all'organico stabilito dalla tabella 'B' allegata alla presente legge.

La progressione giuridica ed economica di carriera del personale di detto ruolo è regolata dalle vigenti norme per i dipendenti regionali dei ruoli tecnici delle altre carriere di concetto.

Il personale di cui al presente articolo svolge, sotto la direzione del personale del ruolo tecnico ufficiali della carriera direttiva del servizio antincendi, i compiti tecnico-amministrativi e provvede agli adempimenti che saranno precisati nel regolamento di esecuzione della presente legge.

C'è un emendamento alla tabella 'B' a firma Matuella e Dalsass, che dice: sostituire 277 con 227. Metto in votazione l'emendamento: approvato ad unanimità.

La parola al cons. Mayr, sull'art. 13.

MAYR (S.V.P.): Herr Präsident, Herr Assessor, bereits bei der Behandlung des Regionalpersonalgesetzes habe ich darauf hingewiesen, daß einige Probleme der Berufsfeuerwehr zu revidieren wären und Sie haben mir damals am 22. März geantwortet: Dies könnte im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf geschehen. Ich erwähne einige Behandlungen der Mitglieder bzw. der Angehörigen der Berufsfeuerwehr, die meines Erachtens überholungsbedürftig sind und zwar: Hier ist im Gesetzent-

wurf vorgesehen, daß die Krankheiten, also die „malattie cause di servizio“ anerkannt werden. Das ist hier vorgesehen und das ist billig und recht, weil auch der Einheitstext in der Unfallgesetzgebung die sogenannten Berufskrankheiten vorsieht. Ich möchte aber im Zusammenhang mit diesen Berufskrankheiten bzw. überhaupt mit dem Ausfall vom Dienst, die Frage der Gehaltsvorrückungen aufwerfen. Heute wird bei der Berufsfeuerwehr praktiziert, daß für den Krankheitsfall die Zeit von der Gehaltsvorrückung ausgeklammert wird, das heißt also, daß es mindestens 15 Tage sind, weil die Gehaltsvorrückungen immer auf den 1. oder 15. fallen, die für die gesamte Dauer des Krankheitsfalles eben ausgedehnt wird, das heißt, wenn einer 4 Monate krank ist, dann wird die Gehaltsvorrückung um die zwei Jahre plus vier Monate verschoben. Das finde ich gegenüber den anderen Regionalangestellten nicht richtig, das ist nicht folgerichtig. Auch überhaupt ist dieses Reglement nur von der Region Trentino-Südtirol nicht einmal vom Nationalkorps vorgesehen, also wir sind hier wirklich keine Autonomisten, sondern wir behandeln die Berufsfeuerwehr eben schlechter als das Nationalkorps.

Zweitens möchte ich erwähnen, daß das Nationalkorps sogenannte Dienstführerscheine hat. Selbstverständlich hat die Region Trentino-Südtirol nicht die Kompetenz, Führerscheine zu erlassen, das ist mir völlig klar. Die Mitglieder der Berufsfeuerwehr des Nationalkorps haben eigene Dienstführerscheine; wenn also ein Berufsfeuerwehrmann in der Region Trentino-Südtirol mit seinem Privatführerschein einen Unfall verursacht, so kann ihm dieser private Führerschein entzogen werden und er kann sowohl in der Feuerwehr, als auch außer der Feuerwehr mit diesem Führerschein keinen Dienst mehr verrichten. Auch hier muß ich sagen, daß wir schlechtere Verhältnisse haben, als das Nationalkorps.

Schließlich möchte ich noch auf die allgemeine wirtschaftliche Behandlung der Berufsfeuerwehr deswegen verweisen, weil es unter Interesse ist, daß viele junge Leute zur Berufsfeuerwehr kommen. Das Innenministerium hat im Jahre 1969 und im Jahre 1970 Rundschreiben erlassen, mittels welcher z.B. die Bezahlung der Überstunden geregelt wird. Von diesen Rundschreiben hat die Region Trentino-Südtirol keinen Gebrauch gemacht bis jetzt, denn es ist eine Tatsache — so resultiert es auch aus einem pro memoria, das dem Präsidenten der Regionalregierung von der Gewerkschaft dieser Angestellten übergeben worden ist — wenn an freien Tagen Berufsfeuerwehrmänner als sogenannter « rinforzo » in den Dienst gerufen werden, so erhalten sie pro Stunde 120 Lire; bei vollem Einsatz die 24 Stunden, 1.200 Lire, so resultiert es mir aus einem schriftlichen Dokument. Bitte, das ist ein schriftliches Dokument, das dem Präsidenten der Regionalregierung übergeben worden ist. Bei den Einsätzen außerhalb des Dienstes werden 160 Lire entrichtet. Nun frage ich wirklich, ob diese Vergütungen im Verhältnis zum Risiko und zum persönlichen Einsatz stehen. Das Nationalkorps hat ab 1969 die 46 Stunden und ab 1970 die 45 Stunden eingeführt, aber die Überstunden in anderen Verhältnissen. Die Region hat die Überstundenzahl auch übernommen, das stimmt, mit 1. Mai 1970 bzw. 1.10.1969, wie das Rundschreiben des Innenministeriums sagt, aber sie hat die Überstunden nicht etwa im selben Ausmaß vergütet, wie das Nationalkorps, so scheint es mir jedenfalls von der Berufsfeuerwehr aufgezeichnet. Was natürlich die Sonderleistungen, wie etwa die Vergütung für die Taucher usw., welche 500 Lire erhöht worden sind, auch nicht dem Risiko des Einsatzes entsprechen, müßte klar sein und soll einer Revision unterzogen werden. Es kommt auch vor, daß durch die Dienstleistungen an Sonn- und Feiertagen freistehende Feuerwehrmänner engagiert werden müssen und daß sie somit

in einem Monat überhaupt keinen freien Tag erhalten, weil sie während der Freizeit für Sonderdienstleistungen bei Theater und Veranstaltungen herangezogen werden.

Noch einmal zurück zu den ärztlichen Behandlungen des Personals. Es ist heute eine Tatsache, daß das Personal der Berufsfeuerwehr, obwohl es Zivilangestellte der Region sind, noch in das Militärspital wandern muß und auch dann, wenn es vorher von einem privaten Arzt behandelt wurde. Früher war es auch bei der Forstbehörde einmal so, das wurde aufgelassen, es wurde der Gemeindearzt eingeführt und der private Vertrauensarzt. Ich muß sagen, für Zivilangestellte der Regionalverwaltung soll nicht das Militärspital, über das nichts einzuwenden ist, fachlich bestimmt nicht, sondern eben das zivile Krankenhaus bzw. auch der private Arzt und der Vertrauensarzt herangezogen werden können.

Ich möchte den Regionalausschuß ersuchen, diese Zustände, die abgesehen von der mißlichen Kaserne, die jeder Beschreibung spottet, wirklich einer Revision zu unterziehen, um festzustellen, daß wir nicht schlechter sind, als das Reglement des Nationalkorps und auf der anderen Seite, daß man diesen Leuten, im Verhältnis zum Einsatz, den sie leisten auch die entsprechende wirtschaftliche Behandlung zukommen läßt.

Signor Presidente, signor Assessore! In occasione della trattazione della legge concernente il personale regionale, feci presente che vi sarebbero stati da revisionare alcuni problemi del corpo permanente dei vigili del fuoco ed Ella il 22 marzo c.a. mi rispose che ciò avrebbe potuto avvenire in relazione a questo progetto di legge.

Mi permetto ricordare alcuni aspetti del trattamento attribuito ai membri, rispettiva-

mente al personale appartenente al corpo permanente dei vigili del fuoco, trattamento che a mio avviso è già superato. Il presente progetto di legge prevede giustamente il riconoscimento delle malattie cause di servizio, in quanto pure il testo unico sugli infortuni contempla le cosiddette malattie professionali. A proposito di queste malattie, rispettivamente delle assenze dal servizio in generale, desidero sollevare il problema degli scatti dello stipendio. Attualmente presso il corpo permanente dei vigili del fuoco il periodo di malattia non viene conteggiato ai fini dei menzionati scatti, vale a dire che in tal caso l'aumento dello stipendio viene ritardato almeno di 15 giorni, poiché il miglioramento economico viene predisposto il 1 o il 15 del mese e detto ritardo viene protratto per il periodo di malattia, per cui, se l'assenza è di quattro mesi, l'aumento viene ritardato di due anni e quattro mesi. Simile trattamento, rispetto a quello degli altri dipendenti regionali, non è affatto giusto e neppure logico. Questo regolamento del resto è adottato soltanto dalla Regione Trentino-Alto Adige e non dal corpo nazionale, per cui in tal senso non siamo autonomisti, poiché trattiamo il nostro corpo dei vigili del fuoco peggio di quello nazionale.

In secondo luogo desidero menzionare che il corpo nazionale dispone di apposite patenti di guida di servizio. Sono consapevole che la Regione non ha la competenza per rilasciare simili patenti, ma tuttavia i vigili del fuoco nazionali possiedono per il servizio un'apposita patente di guida. Nel caso però che i nostri vigili causino con la propria patente privata un incidente, predetto documento può essere loro ritirato e in conseguenza sarebbero impossibilitati a prestare servizio, sia per il corpo di appartenenza, come pure a scopo privato. Anche in questo caso dunque le condizioni dei nostri vigili sono peggiori di quelle del corpo nazionale.

Infine desidero pure indicare in generale

il trattamento economico del corpo permanente dei vigili del fuoco, essendo nostro interesse che molti giovani abbraccino questa professione. Negli anni 1969 e 1970 il Ministero degli Interni ha diffuso delle circolari per disciplinare, ad esempio, la questione delle ore straordinarie. La Regione Trentino-Alto Adige non ha applicato suddette circolari ministeriali, in quanto è un dato di fatto — e ciò risulta anche da un promemoria, trasmesso dal sindacato di suddetto personale al Presidente della Giunta regionale — che qualora i vigili vengono chiamati in servizio per rinforzi durante i giorni di riposo, ogni ora dello straordinario viene retribuita con 120 lire e nel caso di pieno impiego di 24 ore, 1.200 lire, così risulta da un documento in mio possesso, presentato del resto pure al Presidente della Giunta regionale. Per interventi fuori servizio, la quota oraria ammonta invece a 160 lire. A tal proposito mi chiedo se simile indennizzo corrisponde al rischio ed al servizio prestato da un dipendente. Il corpo nazionale ha introdotto dal 1969 le 46 e dal 1970 le 45 ore settimanali, ma le ore straordinarie vengono pagate diversamente. La Regione, è vero, ha pure adottato col primo maggio 1970, rispettivamente col primo ottobre del 1969, il sistema delle ore straordinarie, di cui alla circolare del Ministero degli Interni, ma non ha provveduto a pagare le ore straordinarie nella misura, di cui ne gode il corpo nazionale, così almeno mi risulta dal predetto documento, predisposto dai nostri vigili del fuoco. Naturalmente nemmeno le prestazioni specializzate, come, ad esempio, l'indennità per subacquei ecc., che sono state aumentate a 500 lire, non corrispondono al rischio dell'intervento e pertanto dovrebbero essere revisionate. Accade inoltre che per i servizi domenicali e festivi si devono impiegare vigili che osservano il turno di riposo, dimodoché questi devono rinunciare anche per un intero mese al riposo, dovendo prestare servizio straordinario durante le ore libere nei teatri e simili manifestazioni.

Mi si permetta di ritornare brevemente sul problema dell'assistenza medica del personale in parola. È un dato di fatto che i vigili del fuoco, sebbene essi siano dipendenti civili della regione, debbano farsi ricoverare all'ospedale militare, anche se precedentemente sono stati in cura presso il medico privato. Tempo addietro pure le guardie forestali andavano soggette a questo obbligo, revocato poi in un secondo tempo, con l'introduzione dell'assistenza da parte del medico condotto e di fiducia. Desidero dire che per i dipendenti civili della Regione non deve essere preso in considerazione l'ospedale militare, sul quale non ho nulla da obiettare, non di certo dal punto di vista medico, ma bensì l'ospedale civile, rispettivamente il medico privato di fiducia.

Desidero pregare la Giunta regionale di voler revisionare queste condizioni, a prescindere dalla povera caserma, che non ci sono parole per descrivere, per dimostrare che il nostro regolamento non è inferiore a quello del corpo nazionale ed inoltre per corrispondere ai vigili del fuoco un trattamento economico adeguato al servizio che essi prestano.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Matuella.

MATUELLA (Assessore enti locali e servizio antincendi - D.C.): Volevo dire qualche cosa brevemente, perché non vorrei che l'intervento del cons. Mayr potesse far sorgere il dubbio nei consiglieri, i quali non hanno diretta conoscenza della situazione dei vigili del fuoco permanenti, che noi avessimo qui un numero di vigili maltrattati, malpagati, con un trattamento peggiore di quello del corpo nazionale, mentre la realtà è ben diversa. Non posso che essere d'accordo con il cons. Mayr, ed è l'unico punto sul quale sono d'accordo,

quando dice che i vigili sono pochi. Ecco, su questo sono d'accordo: sono pochi. Abbiamo comunque in corso un concorso, in via di espletamento, e io mi auguro che termini il più presto possibile, e che da esso possiamo ricavare un numero consistente di vigili del fuoco da aggiungere a quello attuale, che è inadeguato. Su questo siamo d'accordo.

Debbo dire che anche quei sindacalisti che, interessatisi da Trieste, cui ha fatto prima riferimento il cons. Mayr, son venuti da me, dopo aver mandato un protocollo lungo due o tre pagine, credo che siano ripartiti rendendosi conto che c'erano due o tre cose sulle quali, rispetto a tutte le osservazioni fatte, potevano aver ragione, nel senso di richiedere determinate modifiche. C'è la considerazione delle ore straordinarie non pagate o pagate inadeguatamente; il modo nuovo con cui adesso viene considerato l'espletamento del servizio, tenendo conto che i vigili sono pochi; e il fatto di fare 24 ore consecutive, che porta un vigile del fuoco normale, che ha 23-24 anni, a prendere uno stipendio nell'ordine delle 250.000 lire al mese. Se questo è uno stipendio da considerare inadeguato, lo lascio dire al cons. Mayr. Assistenza medica: questo è un altro punto, il ricovero in ospedale militare evidentemente era in relazione al fatto che il vigile faceva parte di un corpo paramilitare; dal momento che ora i vigili sono considerati dei civili, evidentemente anche la considerazione di ospedale civile ha una sua obiettiva giustificazione. Su questo la Giunta regionale è d'accordo.

Quali particolari e singoli problemi possono esserci? Si può richiedere che la tale indennità venga adeguata, però, oltre al guardare al singolo problema particolare, alla singola indennità, alla singola carenza, badiamo anche al problema nel suo complesso, e qui — io ho frequenti contatti anche con i vigili permanenti —, non ho lamentele per quanto riguarda il trattamento generale, e non vi può

essere. Perciò singole carenze vi possono essere, ed evidentemente la Giunta regionale è impegnata a che queste lacune, queste carenze vengano eliminate.

PRESIDENTE: Nessuno chiede la parola? Metto in votazione l'art. 13: unanimità.

Art. 14

Le Province provvedono, per delega della Regione, con i mezzi loro assegnati con legge di bilancio, a dotare i Corpi permanenti delle sedi e degli altri locali occorrenti per il funzionamento delle officine e per il ricovero degli automezzi, dei locali per l'istruzione del personale, per l'alloggio del comandante e vice comandante del Corpo, nonché per gli edifici destinati a sedi delle scuole provinciali antincendi.

Le officine debbono essere attrezzate in modo da consentire le riparazioni e le manutenzioni di macchine, attrezzi e materiali vari, in dotazione dei Corpi volontari, previo rimborso delle spese occorrenti per il materiale.

Pongo in votazione l'art. 14: unanimità.

Art. 15

Qualunque intervento dei Corpi permanenti che rientri nei compiti istituzionali, è gratuito, se effettuato nell'ambito del Comune in cui essi hanno sede.

È gratuito inoltre se effettuato altrove, per compiti di istituto, qualora l'ispettore provinciale lo abbia ordinato, di propria iniziativa, o su richiesta del Presidente della Giunta provinciale, dell'Assessore provinciale competente, del sindaco competente per territorio, dell'ispettore comprensoriale o distrettuale, dei comandanti dei Corpi volontari. La richiesta del Presidente della Giunta provinciale, dell'Assessore provinciale competente e del sindaco, è vincolante.

Sono a pagamento degli interessati tutti gli interventi ed i soccorsi tecnici al di fuori di eventi calamitosi su richiesta di enti o privati o quelli dopo cessata l'urgenza, nonché le visite, i controlli ed i servizi di vigilanza obbligatori o richiesti ai fini della prevenzione incendi.

C'è un emendamento all'art. 15 a firma Ma-
tuella, Dalsass: nel testo della commissione
sostituire « dell'assessore provinciale compe-
tente » con la dizione « dell'assessore provin-
ciale preposto al servizio antincendi ».

Chi chiede la parola sull'emendamento?
Nessuno.

Metto in votazione l'emendamento: unani-
mità.

Metto in votazione...

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Im dritten Ab-
satz, wo es heißt: « bezahlt werden müssen
alle Einsätze und technischen Hilfeleistungen
außerhalb der Katastrophenfälle », fällt mir
auf, daß wir hier — das ist eine formelle
Berichtigung — dieselben Worte gebrauchen,
wie am Anfang im ersten Absatz, der ja von
der Kommission durch einen neuen Text er-
setzt worden ist, in dem von « folgende Dienste »
und dann von « dringenden technischen Ein-
sätzen und von Hilfeleistungen, Ersthilfelei-
stungen » die Rede ist. Ich schlage vor, daß
man hier sagt, « bezahlt werden müssen alle
Dienste » also, « tutti i servizi al di fuori », so
daß dieselben Worte der Definition des ersten
Absatzes, auch im Artikel 15 gebraucht werden.
Braucht es einen Änderungsantrag?

(Al terzo comma dove si legge: « sono a pa-
gamento tutti gli interventi ed i soccorsi tecnici
al di fuori di eventi calamitosi » ho notato —
e questa è una rettifica puramente formale —
che ricorrono le stesse parole dell'inizio del

*primo comma, il quale è stato sostituito con
un nuovo testo dalla commissione, in cui si
parla di « seguenti servizi » ed inoltre di « ur-
genti interventi e soccorsi tecnici e di pronto
soccorso ». Propongo quindi di modificare la
dizione nel modo seguente: « sono a pagamento
tutti i servizi al di fuori » e ciò per riportare
le stesse parole della definizione del primo
comma anche nell'articolo 15. E' necessario
presentare un emendamento?)*

PRESIDENTE: Occorre un emendamento,
al quale si possa far riferimento generalmente
all'art. 1, ai servizi elencati all'art. 1.

Sostituire le parole « gli interventi ed i soc-
corsi tecnici » con « gli interventi tecnici », al-
l'art. 15, 3° comma.

Metto in votazione questo emendamento:
unanimità.

Metto in votazione tutto l'art. 15 così emen-
dato: unanimità.

Art. 16

*Gli ufficiali del ruolo tecnico in servizio
presso il Corpo permanente di Bolzano delle
carriere direttiva e di concetto devono dimo-
strare di avere la conoscenza orale e scritta
della lingua tedesca.*

*I sottufficiali e vigili permanenti devono
avere la conoscenza della lingua italiana e te-
desca, tale da garantire il soddisfacente svol-
gimento delle funzioni inerenti al servizio.*

*Nei relativi concorsi, il candidato svolge
le prove nella lingua materna, salvo che non
richieda di svolgerle nella lingua non materna.*

*La conoscenza della lingua nella quale non
si sono svolte le prove d'esame, è accertata a
mezzo di esami scritti e orali, da parte di una
commissione di tre membri, di cui uno appar-
tenente al gruppo linguistico dell'esaminando,*

nominata dalla Giunta provinciale e così composta:

- un funzionario della Provincia di Bolzano di qualifica non inferiore a direttore di divisione o corrispondente, con funzioni di presidente; egli deve appartenere al gruppo linguistico della lingua oggetto dell'esame;
- un insegnante abilitato all'insegnamento della lingua italiana;
- un insegnante abilitato all'insegnamento della lingua tedesca.

Le funzioni di segretario sono svolte da un impiegato della carriera direttiva o di concetto in servizio presso la Giunta provinciale.

Ai componenti ed al segretario di detta Commissione spetta il trattamento previsto dalla legge regionale 23 gennaio 1964, n. 3.

Di ogni seduta della Commissione viene redatto un verbale a cura del segretario, che lo sottoscrive insieme a tutti i commissari. Dal verbale deve risultare l'esito positivo o negativo dell'accertamento.

Ci sono due emendamenti a firma Matuela, Angeli, Dalsass.

Al 2° comma sostituire « i sottufficiali » con « i capi squadra, vice capi reparto e capi reparto ».

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: unanimità.

Altro emendamento degli stessi firmatari: al 4° comma dell'art. 16 sostituire le parole « deve appartenere al gruppo linguistico della lingua oggetto dell'esame » con le parole « egli deve appartenere al gruppo linguistico nella cui lingua l'esame deve essere sostenuto ».

Chi chiede la parola? Nessuno.

Metto in votazione l'emendamento: approvato a maggioranza con 1 voto contrario.

Metto in votazione l'art. 16 così emendato: approvato a maggioranza con 1 voto contrario.

Art. 17

La nomina alla qualifica iniziale del ruolo tecnico ufficiali della carriera direttiva di cui alla tabella "A" allegata alla presente legge, avviene mediante pubblico concorso per titoli ed esami.

Gli aspiranti, oltre a possedere i requisiti generali di cui all'articolo 2 del D.P.R. 10 gennaio 1957, n. 3, devono dimostrare il possesso dei seguenti requisiti:

- 1) diploma di laurea in ingegneria;
- 2) età non superiore agli anni trenta al momento della scadenza del termine per presentare la domanda di ammissione, salvo le elevazioni previste dalle vigenti disposizioni; tale limite non potrà comunque superare gli anni trentacinque;
- 3) statura non inferiore a metri 1,70;
- 4) avere assolto agli obblighi militari;
- 5) piena ed incondizionata idoneità fisica all'accertamento della quale procede, prima degli esami scritti, un collegio di tre medici nominato con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa deliberazione della Giunta. Il giudizio del collegio medico è definitivo.

I vincitori dei concorsi sono nominati, con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa deliberazione della Giunta, alla qualifica di ispettore in prova.

All'art. 17 c'è il seguente emendamento: sostituire il titolo con « Nomina del personale del ruolo tecnico ufficiali - carriera direttiva ».

Pongo in votazione questo emendamento: unanimità.

Metto in votazione l'art. 17: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 18

La nomina alla qualifica iniziale del ruolo tecnico ufficiali della carriera di concetto di

cui alla tabella allegata alla presente legge, avviene mediante pubblico concorso per titoli ed esami.

Gli aspiranti, oltre a possedere i requisiti generali di cui all'articolo 2 del D.P.R. 10 gennaio 1957, n. 3, devono dimostrare il possesso dei seguenti requisiti:

1) diploma di geometra o perito tecnico industriale;

2) età che alla data di scadenza del termine stabilito dal bando di concorso per la presentazione della domanda di ammissione, non deve essere superiore agli anni trenta, salvo le elevazioni previste dalle vigenti disposizioni; tale limite non potrà comunque superare gli anni trentacinque;

3) statura non inferiore a metri 1,65;

4) avere assolto agli obblighi militari;

5) piena ed incondizionata idoneità fisica all'accertamento della quale procede, prima degli esami scritti, un collegio di tre medici nominato con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa deliberazione della Giunta. Il giudizio del collegio è definitivo.

I vincitori del concorso sono nominati con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa deliberazione della Giunta, alla qualifica di coadiutori in prova.

A parità di merito e di requisiti i sottufficiali, vigili scelti e vigili in servizio continuativo presso i Corpi permanenti di Trento e Bolzano o regolarmente facenti parte da almeno cinque anni dei Corpi dei vigili del fuoco volontari, hanno la precedenza ai fini della nomina nella carriera di cui al primo comma del presente articolo.

Emendamenti all'art. 18. Al 1° comma sostituire « alla tabella allegata » con « alla tabella B) allegata ».

Pongo in votazione questo emendamento: unanimità.

Al 3° comma, dopo « alla qualifica di » sostituire la parola « coadiutori » con « aiutanti ».

La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Si continuano a votare emendamenti presentati all'ultimo momento, credo, senza che se ne dia alcuna spiegazione. Mi sia consentito di chiederne almeno una in questo caso: che significato ha la sostituzione della parola « coadiutori » con la parola « aiutanti ». C'è una differenza di qualifica, di mansioni, o è un fatto puramente linguistico?

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

MATUELLA (Assessore enti locali e servizio antincendi - D.C.): Cons. Mitolo, lei ha diritto evidentemente di chiedere spiegazioni, io non l'ho data perché non mi è stata chiesta. Qui la sostituzione è semplicemente da riferire al fatto che precedentemente al riassetto la dizione era « coadiutori », successivamente, e questo c'è già nella nostra legge regionale, non c'è più il coadiutore ma c'è l'aiutante. Quindi è un cambiamento di denominazione, ma a parità di qualifica e di mansione.

Chiedo scusa, già che ho la parola, nel caso in cui sostituiamo « sottufficiali » con « capi squadra, vice capi reparto, capi reparto »; i sottufficiali non ci sono più.

PRESIDENTE: Metto in votazione questo emendamento: unanimità. All'ultimo comma, sostituire « sottufficiali » con « capi squadra, vice capi reparto e capi reparto ».

La parola all'assessore Matuella.

MATUELLA (Assessore enti locali e servizio antincendi - D.C.): Vorrei chiedere anche, sempre all'ultimo comma, di togliere « vigili scelti » ,perché non abbiamo più vigili scelti,

la carriera del vigile comprende soltanto « vigili ».

PRESIDENTE: Allora bisogna modificare. Dunque, all'ultimo comma sostituire « sottufficiali » con « capi squadra, vice capi reparto e capi reparto » e togliere « vigili scelti ».

Pongo in votazione l'emendamento: unanimità.

Metto in votazione l'art. 18 così emendato: unanimità.

Art. 19

I vigili permanenti sono assunti mediante pubblico concorso per titoli ed esami riservato ai cittadini italiani in possesso dei seguenti requisiti:

- 1) *licenza della scuola d'obbligo;*
- 2) *conoscenza di uno dei mestieri indicati nel bando di concorso da comprovare con appositi certificati secondo le leggi vigenti;*
- 3) *idoneità psicofisica da accertarsi prima della prova scritta dal medico di fiducia della Cassa provinciale antincendi;*
- 4) *statura non inferiore a metri 1,65 e non superiore a m. 1,80;*
- 5) *età non inferiore agli anni ventuno e non superiore agli anni ventisette;*
- 6) *non avere subito condanne penali per delitti dolosi ed essere di buona condotta;*
- 7) *avere prestato servizio presso un Corpo dei vigili del fuoco volontari o presso un gruppo aziendale per almeno un anno ed utilmente frequentato un corso di istruzione e di addestramento per vigili del fuoco volontari, oppure avere prestato servizio militare di leva presso un Corpo permanente.*

Il giudizio sugli esami di concorso e sui titoli è deferito ad apposita commissione nominata con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa deliberazione della Giunta e composta:

a) da un funzionario della carriera direttiva del ruolo organico del personale amministrativo con qualifica non inferiore a direttore di divisione - presidente;

b) dal comandante del Corpo permanente dei vigili del fuoco di Trento o di Bolzano;

c) da un funzionario della carriera direttiva del ruolo organico del personale tecnico dei lavori pubblici per le materie tecniche;

d) da un insegnante di ruolo di Istituti di istruzione di primo grado nelle materie letterarie e linguistiche in cui vertono le prove di esame;

e) da un insegnante di ruolo di educazione fisica di Istituti di istruzione di primo grado.

Sono esclusi dalla partecipazione al concorso gli esclusi dall'elettorato politico, chi ha cessato dal servizio permanente o dalla ferma volontaria nelle Forze Armate in seguito a condanna o a sanzioni disciplinari e coloro che sono stati destituiti dall'impiego da una pubblica amministrazione.

Un funzionario della carriera direttiva o di concetto del ruolo organico del personale amministrativo, esercita le funzioni di segretario.

La composizione della commissione per la Provincia di Bolzano deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici quali sono rappresentati in Consiglio provinciale

A parità di merito e di requisiti i vigili regolarmente facenti parte, da almeno cinque anni, dei Corpi dei vigili del fuoco volontari, hanno la precedenza ai fini della nomina, nella carriera di cui al primo comma del presente articolo.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Io posso capire i motivi per i quali si chieda come limite alla statura

minima di un candidato, quella di 1 metro e 65; confesso che non posso capire il motivo per il quale la commissione abbia posto come seconda limitazione quello della statura non superiore a metri 1,80. Coloro che hanno una statura superiore a metri 1,80 non possono fare i vigili del fuoco e ciò può costituire un intralcio ad una attività, nella quale io ritengo che quanto maggiore sia la prestanza fisica tanto maggiori siano le capacità, le possibilità di impiego e anche di rendimento? Quindi vorrei chiedere il motivo per il quale la commissione ha posto questa seconda limitazione, dato che nella relazione di ciò non si fa parola.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ja, beim Löschen der Brände oder sonst beim Leisten dieser Hilfsdienste, anlässlich von Katastrophen aller Art, kann es eben vorkommen, daß Feuerwehrmänner sich in niedere Gänge oder Keller hineinbegeben müssen, irgendwo, wo nicht gerade eine vorgeschriebene Raumhöhe da ist. Wenn ein Feuerwehrmann hier eben zu groß ist, da kann er ein Hindernis sein, nicht?

(In occasione di chiamate per incendio o comunque per questi soccorsi in eventi calamitosi di qualsiasi genere, può accadere, che i vigili del fuoco debbano penetrare in bassi corridoi, o in cantine od in altri locali, per i quali non è prescritta una determinata altezza e se dunque un vigile è troppo alto, la sua statura potrebbe costituire un intralcio. Non è vero forse?).

MITOLO (M.S.I.): Ridiamoci sopra, cons. Benedikter, perché non è mica detto che debbano avere tutti l'altezza di metri 1,80. Evidentemente, per l'impiego in quei casi che lei ha citato, si ricorrerà a dei vigili che hanno una

statura inferiore. Ma non mi dica che occorre sempre impiegare i vigili che hanno una statura non superiore a un metro e 80. Quindi io la considero questa limitazione veramente fuori posto.

Vorrei presentare un emendamento soppresivo, se mi è consentito.

PRESIDENTE: È stato proposto di eliminare le parole « non superiore a metri 1,80 ».

Pongo in votazione questo emendamento: unanimità.

Metto in votazione tutto l'art. 19: unanimità.

Art. 20

Il ruolo dei vigili del fuoco permanenti si articola nelle seguenti carriere:

- a) carriera dei capi reparto, dei vice capi reparto e dei capi squadra;*
- b) carriera dei vigili.*

Il passaggio alla carriera dei capi reparto, dei vice capi e dei capi squadra si consegue nel limite di due quinti dei posti disponibili mediante concorso per esame e per i restanti tre quinti mediante scrutinio per merito assoluto, ai quali sono ammessi i vigili che abbiano compiuto rispettivamente quattro o sette anni di anzianità nella carriera. Ai vigili che passano nella carriera superiore è attribuita nella qualifica di capo squadra la classe di stipendio immediatamente superiore a quella in godimento all'atto del passaggio.

La promozione a vice capo reparto si consegue per metà dei posti disponibili mediante scrutinio per merito comparativo e per metà mediante scrutinio per merito assoluto, ai quali sono ammessi rispettivamente gli impiegati della qualifica immediatamente inferiore che abbiano compiuto nella medesima quattro anni di effettivo servizio.

Gli impiegati promossi per merito comparativo precedono nel ruolo quelli promossi per merito assoluto.

Gli appartenenti al gruppo linguistico tedesco hanno diritto di sostenere nella propria lingua materna le prove dell'esame di cui al secondo comma del presente articolo.

Pongo in votazione l'art. 20: unanimità.

Art. 21

Il personale dei Corpi permanenti dei vigili del fuoco è personale civile retto da apposite norme disciplinari.

Fino a quando non verrà diversamente disposto con legge regionale, si applicano il regolamento di disciplina e le norme in vigore per il Corpo nazionale dei vigili del fuoco.

I provvedimenti disciplinari sono adottati, a seconda della gravità, dal comandante del Corpo o da una Commissione di disciplina composta dal comandante del Corpo, dal presidente dell'unione provinciale e da un membro nominato dal Consiglio di amministrazione della Cassa antincendi.

Il trattamento economico e di quiescenza del personale permanente del servizio antincendi è disciplinato con legge regionale e non può essere inferiore a quello spettante ai pari qualifica e con eguale anzianità del Corpo nazionale dei vigili del fuoco, restando a carico della cassa provinciale antincendi l'eccedenza del trattamento di quiescenza spettante rispetto a quella erogata dagli Istituti di previdenza.

C'è un emendamento all'ultimo comma: sostituire «cassa provinciale antincendi» con «Provincia».

Metto in votazione l'emendamento: unanimità.

Metto in votazione l'art. 21: unanimità.

Art. 22

Nell'esercizio delle proprie funzioni e di quelle derivanti dalle vigenti leggi dello Stato, l'ispettore regionale, gli ufficiali ed i sottufficiali dei Corpi dei vigili del fuoco permanenti, gli ispettori provinciali, distrettuali o comprensoriali ed i comandanti dei vigili del fuoco volontari sono ufficiali di polizia giudiziaria, i vigili sono agenti di polizia giudiziaria.

Essi godono degli stessi benefici previsti dalle leggi dello Stato circa l'uso dei pubblici trasporti nei viaggi di servizio.

La Giunta provinciale può chiedere agli organi competenti che un'aliquota del personale dei Corpi permanenti dei vigili del fuoco di Trento e Bolzano venga esonerata dal richiamo alle armi per istruzione o mobilitazione ai sensi delle leggi dello Stato.

C'è un emendamento a firma Matuella, Dalsass, Angeli: al 1° comma del testo della commissione sostituire «i sottufficiali» con «i capi squadra, i capi reparto, i vice capo reparti» e togliere dopo «gli ispettori» la parola «provinciale». Dovrebbero essere conseguenti agli emendamenti già approvati.

Metto in votazione l'emendamento: unanimità.

Metto in votazione l'art. 22: unanimità.

Art. 23

È istituita in ciascuna provincia una scuola provinciale antincendi per la formazione del personale antincendi, il cui funzionamento verrà disciplinato con il regolamento di esecuzione della presente legge.

Ogni scuola antincendi ha una propria gestione finanziaria cui è preposto il presidente dell'Unione provinciale dei vigili del fuoco.

Il bilancio preventivo della scuola predisposto dal presidente dell'Unione provinciale dei vigili del fuoco, viene inviato per l'appro-

vazione alla Cassa provinciale antincendi entro il 15 settembre dell'anno precedente a quello cui si riferisce il bilancio stesso. Il conto consuntivo è presentato alla Cassa provinciale antincendi per l'approvazione entro il mese di aprile dell'anno successivo.

Alla gestione tecnico-didattica della scuola provvede il direttivo dell'Unione provinciale antincendi, integrato dall'ispettore provinciale antincendi. Il direttivo così integrato nomina il direttore della scuola.

Pongo in votazione l'art. 23: unanimità.

Art. 24

Salvo quanto disposto nel Titolo II° della presente legge, ai servizi antincendi e di pronto soccorso provvedono i Comuni, che si avvalgono dell'opera dei Corpi dei vigili del fuoco volontari.

Il sindaco adotta, a norma della legge regionale sull'ordinamento dei Comuni, i provvedimenti contingibili ed urgenti in ordine alla difesa dal pericolo di incendi e di calamità pubbliche.

Ogni Comune deve emanare un regolamento per prevenire il pericolo di incendi e può costituire una commissione antincendi, con funzioni consultive, la cui composizione ed i cui compiti sono determinati con apposito regolamento emanato dal Presidente della Giunta regionale, previa deliberazione della Giunta.

Mancando la commissione antincendi i suoi compiti saranno svolti dalla commissione edilizia comunale.

Il comandante del Corpo volontario dei vigili del fuoco fa parte di diritto della commissione antincendi e della commissione edilizia del rispettivo Comune. Ove esistano più Corpi volontari nello stesso Comune, della commissione fa parte il comandante del Corpo esistente nel capoluogo del Comune.

Pongo in votazione l'art. 24: unanimità.

Art. 25

Ciascun Comune provvede alla costituzione di un Corpo dei vigili del fuoco volontari, la cui forza numerica non deve essere inferiore a venti vigili. Sono riconosciuti i Corpi esistenti alla data di entrata in vigore della presente legge, anche se più di uno in un Comune, purché la forza numerica del singolo Corpo non sia inferiore a nove vigili. Qualora la forza numerica fosse inferiore a nove vigili, i Corpi dovranno adeguarsi a tale consistenza numerica entro due anni dalla data di entrata in vigore della presente legge.

Il Corpo volontario dipende dal sindaco o dall'assessore delegato al servizio antincendi. Nei Comuni capoluogo di provincia i Corpi volontari dipendono tecnicamente e per lo impiego dall'ispettore provinciale del servizio antincendi.

I Comuni con popolazione superiore a diecimila abitanti possono istituire posti di ruolo necessari per assicurare il pronto intervento e la manutenzione degli automezzi e delle attrezzature.

Per l'ordinamento dei Corpi volontari i Comuni approvano apposito regolamento in conformità ai principi di quello tipo approvato dalla Giunta regionale.

In casi di gravi irregolarità nel funzionamento o di impossibilità di funzionare, il consiglio comunale scioglie il Corpo volontario, sentito l'ispettore distrettuale o comprensoriale del servizio antincendi.

La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): È un'altra innovazione da parte della commissione che non mi trova consenziente, perché vi sono dei corpi, diciamo così, rionali, dei vigili del fuoco che, oltre

ad essere molto ben organizzati, hanno anche delle tradizioni, e pertanto la riunione di questi corpi in un unico corpo comunale, secondo me non risponde a criteri di rispetto della tradizione di questi corpi. D'altra parte non vedo nemmeno quale sia il motivo di carattere tecnico, specialmente quando si tratta di comuni grandi come quello di Bolzano che ne avrà tre o quattro di questi corpi, non vedo nemmeno quale sia la ragione di carattere tecnico che consiglia la unificazione dei corpi in un corpo unico di carattere comunale. Fino ad oggi questi corpi hanno, per quanto io ne so, dato ottima prova di funzionamento soprattutto poi anche per la loro dislocazione di carattere periferico, che li trova magari più vicini al posto dove devono intervenire, che non quel corpo che, una volta unificato, dovrà avere un'unica sede.

Quindi, anche su questa innovazione, di cui non si trova traccia nella relazione della commissione legislativa, ripeto, a meno che l'assessore non mi spieghi il motivo, non mi dica che c'è una ragione di carattere soprattutto tecnico di funzionalità, io dichiaro che non sono affatto d'accordo.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

MATUELLA (Assessore enti locali e servizio antincendi - D.C.): Io credo, cons. Mitolo, che le ragioni almeno dal mio punto di vista, ci siano, e spero di essere sufficientemente chiaro, in modo da poter renderle ragione del perché si è modificata l'impostazione del testo quale era stato approvato dalla Giunta regionale.

L'art. 25, per essere compreso, deve essere posto in relazione all'art. 32. L'art. 32, lei lo trova a pag. 32 del testo, mi riferisco in particolare alla lettera e) prevede i contributi ordinari per il funzionamento dei corpi volontari. Come Giunta regionale avevamo fatto una

scelta e avevamo previsto di erogare il contributo fisso nella misura di 150.000 lire annue per ogni comune, anziché, come attualmente avviene, nella misura di 100.000 per ogni corpo. Questo per togliere un incentivo alla proliferazione dei corpi nell'intento di beneficiare delle 100.000 lire. Abbiamo detto: se noi, anziché al corpo, diamo il contributo al comune, togliamo questo incentivo, che veramente esiste; e allora sostituiamo questa dizione con « ogni comune ». E allora, a nostro avviso, stava in piedi la formulazione dell'art. 25 quale era nel testo della Giunta. L'esame però della situazione, con riferimento alla provincia di Bolzano, determinava un fatto negativo rispetto ad una situazione esistente, e cioè il togliere i contributi fissi per ogni corpo per darli ad ogni comune, faceva sì che, nonostante l'aumento del contributo pro abitante, di cui alle lettere precedenti, molti corpi — poiché in provincia di Bolzano molti comuni hanno più corpi — molti corpi sarebbero venuti a prendere meno di quanto prendono attualmente.

Ciò evidentemente sembrava un atteggiamento punitivo nei confronti di corpi meritevoli.

D'altro canto però, posto di accettare e di ripristinare quindi la dizione « per ogni corpo », anziché « ogni comune » — ed ecco il collegamento con l'art. 32 — ci sembrava che non venisse sufficientemente salvaguardata quella impostazione di carattere generale, che ci aveva spinto a far sì che con lo strumento dei contributi, che è poi lo strumento più convincente, noi potessimo mettere un po' di ordine in questo settore, nel senso di sollecitare la creazione di corpi realmente efficienti. Vi sono corpi che hanno pochissimi vigili, e questi non possono essere tenuti in piedi solamente per un omaggio alla buona volontà o al volontarismo; il volontarismo e la buona volontà devono essere anche abbinati all'efficienza; e corpi con 5, con 6, con 7 vigili del fuoco evidentemente non possono essere con-

siderati corpi. A livello di impostazione tecnica si ritiene che una squadra di intervento debba essere dotata di almeno 9 persone, per necessità di ordine funzionale. Ecco che allora — e cerco di concludere — abbiamo stabilito: se si costituiscono nuovi corpi, questi devono avere almeno 20 vigili — sarebbero 2 squadre — più il comandante e il vicecomandante; 9 vigili devono comunque rappresentare la formazione minima. Tenendo conto però che vi sono Corpi, in particolare in provincia di Trento, che questi 9 vigili non hanno, lasciamo, con questa norma di carattere transitorio, i due anni di tempo perché o il corpo trovi il modo di arrivare a questa consistenza minima, che evidentemente nel frattempo beneficia dei contributi, oppure se questa non riesce ad ottenerla, deve trovare il modo di consorziarsi. E abbiamo previsto la possibilità del consorzio, che già esiste; abbiamo anche in provincia di Trento esempi di corpi che si sono consorziati, e in questo caso, per dare un incentivo al consorzio, all'art. 32 abbiamo previsto che, in questo caso, le 120.000 lire di contributo fisso anziché in ragione di un corpo, nel caso di corpi consorziati, lo si dia tante volte quanti sono i comuni consorziati.

Per rispondere poi alla sua osservazione: ci sono corpi che hanno molti anni, e quindi rappresentano una tradizione, ecco, io le rispondo in questo modo: la tradizione va benissimo, il volontarismo anche, siamo d'accordo, però l'efficienza è necessaria. Quindi, nel caso di comuni che abbiano frazioni distanti, occorre che dove fino ad ora si è risposto costituendo un corpo, non si costituisca un corpo nuovo, ma si costituisca, mi sfugge il termine adesso, si costituisca una squadra, che dipenda dall'unico corpo, e quindi si raggiunge il risultato di avere sul posto una squadra di prontissimo intervento, però senza far proliferare i corpi, perché ciò comporta dispersione di mezzi, e non consente di avere organismi efficienti.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pruner.

PRUNER (Segretario questore - P.P.T.T.): Signor Presidente, io mi scuso, ma siccome non faccio parte della commissione, l'argomento che sto discutendo non ho potuto inserirlo prima, ma mi sono premurato di farlo conoscere attraverso una interrogazione presentata il 25 luglio 1972, qualche giorno fa. Ritengo che questo sia l'articolo più confacente per poter discuterne abbastanza proficuamente. L'argomento riguarda l'opportunità di provvedere affinché questi vigili del fuoco volontari, ai quali si chiede molto e per i quali si prescrivono diverse norme e si impongono diversi tipi di impegni, unilaterali, cioè riguardanti esclusivamente i vigili del fuoco volontari, l'argomento — dicevo — riguarda l'opportunità di una ricompensa, di una gratifica, di un premio, di un qualche cosa che adeguatamente compensi la messa a disposizione di un servizio gratuito, che è volontario sì, ma molto lungo. Nella nostra richiesta abbiamo espresso l'opportunità di riconoscere questo servizio attraverso una materiale messa a disposizione di denaro, non sotto forma di pensione, ben s'intende, ma sotto forma di una gratifica per quei vigili del fuoco che hanno determinati anni di servizio. Così, a titolo esemplificativo, abbiamo specificato quelli che hanno una ventina o una trentina di anni di servizio e ci sono molti casi di vigili del fuoco volontari che hanno oltre trent'anni di servizio, servizio posto a disposizione della collettività, non retribuito, con perdite di tempo anche per quanto riguarda gli esercizi, gli allenamenti, oltre che per gli interventi veri e propri. Non c'è una richiesta di compenso da parte dei vigili del fuoco, non si tratta di un compenso, si tratta di un riconoscimento di ordine morale o di ordine civile nei loro confronti. D'altra parte io vedo che a questi vigili del fuoco si chiede molto e si arriva addirittura, necessariamente

te, ad imporre agli stessi una certa disciplina, un certo ordinamento, un certo loro assoggettamento alle disposizioni dei comuni, e indirettamente degli organi superiori, Provincia e Regione, perciò ritengo che non sia il caso di lasciar perdere una richiesta di questo genere, ma cercare invece di renderla operante o attraverso un emendamento da inserire in questo disegno di legge, o impegnando la Giunta eventualmente a predisporre un provvedimento ad hoc, o in altro modo, a favore appunto di questi vigili del fuoco volontari.

Mi dispiace perché ero assente all'inizio di questa seduta per ragioni personali, e so che il signor assessore ha toccato l'argomento e ha risposto in maniera negativa; lo preghe- rei di voler ripensarci e vedere se può accogliere questa mia raccomandazione, io preferirei se potesse includere un emendamento a questo disegno di legge, affinché sia fissato nel disegno di legge un principio di questo genere, cioè di riconoscimento del valore di questi vigili del fuoco, attraverso una materiale contropartita, che può essere di minima misura, ma che ha un valore morale di grandissima portata.

PRESIDENTE: La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich muß nur ganz kurz Stellung nehmen, damit nicht aufgrund der Intervention des Kollegen Mitolo hier ein falscher Eindruck entsteht. Er hat nämlich erklärt, daß man durch diesen Artikel, so wie er von der Kommission abgeändert und vom Regionalausschuß akzeptiert wurde, praktisch gegen die Tradition verstößt, die hier bei uns hauptsächlich in Südtirol auf diesem Gebiete besteht.

Nun, ich möchte etwas vorausschicken: Es freut mich, daß der Kollege Mitolo heute anläß-

lich der Novellierung dieses Feuerwehrgesetzes so schöne und treffende Worte für die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols gefunden hat, denn wenn ich noch wenige Jahre, also nicht viele Jahre zurückdenke, da hat es immer nur Donner und Blitze gegeben von seiten des Kollegen Mitolo gegen das Feuerwehrwesen und gegen die Freiwilligen Feuerwehren, die nach ihm eine eminent oder, besser gesagt, eine ausschließlich politische Organisation waren und somit nicht ihrer Aufgabe gerecht wurden. Aber die Zeiten ändern sich und es ist auch gut, daß sie sich ändern, jedenfalls heute sieht es jeder ein, daß die Feuerwehren effektiv jene Organisation sind, die uns am besten und am schnellsten helfen kann und auch hilft, wenn die Not es eben erfordert.

Nun, damit nicht der falsche Eindruck entsteht, daß wir gegen eine Tradition der Freiwilligen Feuerwehren verstoßen, möchte ich sagen: Wir sind mit der Änderung, so wie sie von der Kommission vorgeschlagen worden ist, einverstanden, daß man in einer Gemeinde, wenn noch keine Feuerwehr besteht, eine Feuerwehr gründet, konstituiert und daß man nicht mehr sagt, eine oder mehrere Feuerwehren; und warum, weil sich auch bei den Feuerwehren selbst der Gedanke durchgesetzt hat, sagen wir, die Überzeugung zum Durchbruch gekommen ist, daß für die Durchschlagkraft einer Freiwilligen Feuerwehr es besser ist, wenn große Feuerwehren konstituiert würden, nicht eine Vielzahl von kleinen Feuerwehren in jeder Gemeinde, sondern eine, zwei, oder drei große Feuerwehren. Nun, dagegen laufen so manche Sturm, die sagen, ja wir sind jedoch immer eine eigene, eine eigenständige Feuerwehr gewesen und möchten sie auch weiterhin bleiben. Also, wir haben auch den Wunsch dieser Feuerwehren, die bis heute selbständige Feuerwehren waren, akzeptiert und sie können auch weiterhin noch Freiwillige Feuerwehren, selbständige Freiwillige Feuerwehren bleiben. Wenn

ich sage, daß mit dieser Zahl, wie wir sie heute in Südtirol haben, das Pensum erreicht ist, so glaube ich, wird es jeder einsehen, wenn man weiß, daß in Südtirol allein 290 Freiwillige Feuerwehren existieren, 290 auf 117 Gemeinden; also ist doch eine schöne Zahl von Freiwilligen Feuerwehren vorhanden. Man ist der Meinung, daß es besser ist, falls noch Feuerwehren notwendig sind, eventuell in irgendeinem Weiler oder in einer abgelegenen Fraktion, daß man sie der bereits bestehenden Feuerwehr anschließt, als eine Außenstelle sozusagen schafft, eine Gruppe schafft, die jedoch von der zentralen Feuerwehr abhängig ist. Dieser Grundsatz wurde akzeptiert und zwar nicht nur von uns hier als politische Vertreter, sondern von den Freiwilligen Feuerwehren selbst und es wurde auch immer wieder der Standpunkt vertreten, wenigstens 20 Leute sollten einer Feuerwehr angehören; 20 Leute sind praktisch zwei Gruppen plus dem Kommandanten. Das sollte der Mindestbestand einer Freiwilligen Feuerwehr sein. Wir haben auch die Neun-Mann-Feuerwehr hineingenommen; also kann eine Freiwillige Feuerwehr auch nur aus neun Mann bestehen, das ist eine Gruppe, praktisch eine Einheit, die unbedingt da sein muß. Aber dies ist nicht für uns in der Provinz Bozen geschehen, denn bei uns in der Provinz Bozen gibt es keine Feuerwehr, die nicht diese Einheit ist. Es ist nur für die Provinz Trient hineingenommen worden, weil dort Feuerwehren bestehen, die auch nur aus vier, fünf, sechs Leuten zusammengesetzt sind, also die auf dem Papier Feuerwehren sind aber in Wirklichkeit keine Feuerwehr mehr darstellen. Für diese sogenannten Feuerwehren sieht man nun einen Termin von zwei Jahren vor, damit sie sich in Ordnung bringen, und sollte ihnen das nicht gelingen, müssen sie sich mit der Feuerwehr der angrenzenden Gemeinde zusammenschließen; auch dies, glaube ich, ist notwendig und ist gut im Interesse der Freiwilligen Feuerwehren. Wir haben mit diesem Artikel praktisch

den Wunsch der Freiwilligen Feuerwehren auf der einen Seite mit der Notwendigkeit, größere Feuerwehren in Zukunft zu schaffen, auf der anderen Seite abgestimmt. Bitte, wenn es jetzt heißt, Konstituierung von Feuerwehren in Gemeinden, wo noch keine Feuerwehr existiert, so haben wir in der Provinz Bozen praktisch nur einen Fall und zwar die einzige Gemeinde Pfatten, die noch keine selbständige Feuerwehr hat, weil ein Teil an Leifers grenzt und somit von Leifers miteinbezogen wird, der zweite Teil von Auer und der dritte auf der Kaltererseite, von Kaltern. Aus diesem Grunde wird es höchstwahrscheinlich in Pfatten selbst auch nie zur Konstituierung einer eigenen Feuerwehr kommen, aber die Formulierung des Artikels, so wie sie ist, finde ich eigentlich für gut und ohne weiteres vertretbar.

Devo prendere brevemente posizione per evitare che alla luce dell'intervento del collega Mitolo, non si venga ad avere a tal proposito una falsa impressione. Egli ha infatti dichiarato che con questo articolo, modificato dalla commissione ed accettato dalla Giunta regionale, si contravviene alla tradizione, che sussiste soprattutto in Alto Adige in questo settore.

Desidero premettere come il collega Mitolo abbia trovato oggi, in occasione dello emendamento di questa legge del servizio antincendi, così belle ed appropriate parole a favore dei corpi volontari dei vigili del fuoco altoatesini, poiché ripensando a qualche anno fa, dunque a non molti anni addietro, il collega Mitolo ha sempre fatto fuoco e fiamme contro detto servizio ed i menzionati corpi, che secondo il suo parere costituivano un eminente, o meglio, un'organizzazione esclusivamente politica e che pertanto non era in grado ad assolvere il proprio compito. I tempi comunque cambiano ed è un bene che sia così,

ed oggi ognuno si rende conto che i corpi dei vigili del fuoco sono effettivamente un'organizzazione, che in caso di bisogno ci può offrire e ci offre il miglior ed il più celere soccorso.

Per evitare l'impressione, che contravveniamo alla tradizione dei corpi volontari dei vigili del fuoco, desidero dire, che concordiamo sull'emendamento proposto dalla Commissione, di istituire nei Comuni sprovvisti del servizio in parola i corpi volontari dei vigili del fuoco e non una o più organizzazioni, poiché le stesse sono giunte alla persuasione che per l'efficacia di un corpo è meglio istituire in un Comune, uno, due o tre corpi di una certa consistenza e non molte piccole squadre. Ora molti si oppongono a questa ristrutturazione e corrono ai ripari affermando, di aver sempre costituito un proprio ed indipendente corpo e pertanto desiderano mantenere anche in futuro questa autonomia. Noi abbiamo accettato il desiderio di questi corpi indipendenti e quindi potranno rimanere corpi volontari autonomi. Se dunque affermo che con questo numero di squadre, di cui disponiamo in Alto Adige, di aver raggiunto il penso, credo che ognuno possa rendersene conto, sapendo che soltanto in Alto Adige, su 117 Comuni, sussistono ben 290 corpi volontari dei vigili del fuoco, dunque un numero piuttosto allertante. Si è però dell'opinione che, qualora vi fosse necessità, di istituire altre corpi volontari in qualche borgata o frazione dispersa, sia meglio aggregarli a quelli già sussistenti, creando così un distaccamento, vale a dire un gruppo dipendente dal corpo centrale. Questa mozione è stata infatti accettata e cioè non soltanto da noi, quali rappresentanti politici, ma pure dai corpi volontari stessi ed inoltre si è insistito sul punto di vista, che un corpo deve essere costituito da almeno 20 uomini, cioè da due squadre più il comandante, essendo tale numero il contingente minimo; sussistono però corpi formati di nove uomini e

pertanto questo è praticamente un gruppo, un'unità che deve sussistere assolutamente. Ciò naturalmente non vale tanto per la Provincia di Bolzano, in quanto in Alto Adige non disponiamo di corpi volontari che non rappresentino un'unità. Tale norma riguarda la Provincia di Trento, poiché ivi vi sono corpi volontari dei vigili del fuoco, costituiti da quattro, cinque, sei persone, e che formano soltanto teoricamente e non praticamente un corpo. Per questi casi è previsto un termine di due anni per la necessaria integrazione, caso contrario verrebbero assorbiti dal corpo del Comune confinante. Con questo articolo abbiamo praticamente adempiuto al desiderio dei corpi volontari dei vigili del fuoco, nonché alla necessità di creare corpi di maggiore consistenza. Siccome la legge prevede la costituzione di corpi volontari in Comuni sprovvisti di tale servizio, posso affermare che in Provincia di Bolzano abbiamo praticamente un unico caso e cioè il Comune di Vadena, che non dispone di un servizio antincendi autonomo, in quanto in parte confina con Laives e viene servito da tale Comune, in parte da quello di Ora ed il versante di Caldaro dall'omonimo Comune. Per questo motivo a Vadena non si provvederà probabilmente mai ad istituire un proprio servizio antincendi, ma la formulazione come tale dell'articolo, la trovo in definitiva buona e senz'altro sostenibile.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Io ringrazio il collega Dalsass di essersi occupato del mio intervento, però mi sembra che egli sia andato oltre il pensiero che io avevo espresso, allorché ho parlato sull'articolo che stiamo discutendo. Io non ho espresso preoccupazione o perplessità, ma ho richiesto delle delucidazioni all'as-

assessore' circa la sorte dei corpi dei vigili del fuoco esistenti e la loro eventuale unificazione in un unico corpo comunale. Io mi sono occupato non soltanto della tradizione, ma anche della funzionalità di questi corpi. Confesso che sarebbe stato forse opportuno che approfondissi anche il tema, del quale il cons. Dalsass mi ha suggerito e stimolato ad occuparmi, perché è vero che i tempi sono cambiati, sono perfettamente d'accordo con lui, purtroppo sono cambiati, e ognuno di noi è libero di pensare come crede. Vorrei, già che me ne ha dato l'occasione il cons. Dalsass, dire quello che viceversa ho detto in altre occasioni in cui ci siamo occupati del corpo dei vigili del fuoco, e che quest'oggi, per carità di patria, non ho voluto ripetere, perché a volte certi argomenti, specialmente quando si occupano questi banchi da oltre 20 anni, riescono stucchevoli. Ecco, i tempi sono cambiati, i corpi volontari dei vigili del fuoco assolvono alle loro funzioni di istituto lodevolmente, nessuno si è mai lamentato di questo, di ciò credo di aver dato atto anche in altre occasioni, però riconosciamo ancora una volta che purtroppo in Alto Adige i corpi volontari dei vigili del fuoco sono dei corpi esclusivisti, nel senso che ben raramente in questi corpi dei vigili del fuoco troviamo la presenza di elementi italiani, la maggior parte sono appartenenti al gruppo etnico di lingua tedesca. Io vorrei poter fare una statistica, e sono certo che ciò che sto affermando in questo momento mi darebbe pienamente ragione. Ecco, è un corpo che, proprio per le sue tradizioni avite, tende ad incorporare elementi quasi esclusivamente appartenenti al gruppo di lingua tedesca. Se potessi essere smentito su questo sarei veramente lieto. Ad ogni modo consentitemi di fare un auspicio in questa occasione, dato che i tempi sono cambiati, assessore Dalsass, e lei ha su questi corpi una certa influenza personale, mi sia consentito di auspicare che proprio il mutamento dei

tempi consenta anche all'elemento di lingua italiana di entrare a far parte di questi corpi, e che non esista più quella che, a mio avviso, è invece una vera e propria discriminazione.

PRESIDENTE: Guardate, siamo già giunti alle 12,30 direi di votare questo articolo; rimangono ancora una ventina di articoli e temo che non si possa finire per le 14. Dico questo perché mi è stato richiesto di continuare fino alle 14 la seduta. Volete che si continui fino alle ore 14? No, volete l'interruzione? Allora votiamo questo articolo e poi andiamo alle ore 15.30.

La parola all'assessore.

Matuella (Assessore enti locali e servizio antincendi - D.C.): Io non ho da aggiungere altro alla risposta che avevo dato prima al cons. Mitolo, e invece, devo ripetere al cons. Pruner quello che ho detto stamattina. Sinteticamente vorrei dire nel merito della proposta che lei ha ripetuto poco fa, e che è quella contenuta nella sua interrogazione pervenutami un paio di giorni fa, vorrei dire che da parte mia sicuramente non vi è un orientamento positivo. Dico subito il perché: nei contatti, che credo di avere piuttosto frequenti, con comandanti, con vigili del fuoco volontari, a me non è mai capitato di sentir fare una proposta di questo genere, mai. Quindi debbo ritenere che questa non sia una esigenza sentita da parte degli interessati. Ho detto questa mattina che se ad una persona si offre del denaro è difficile pensare che quella si tiri indietro, però dobbiamo ragionare secondo lo spirito con cui ragionano ed operano i vigili del fuoco volontari. Sono persone che in questi corpi entrano ed operano e tendono a rimanere lì il più a lungo possibile per spirito di corpo, anche quando le forze fisiche consiglierebbero forse da un punto di vista di pura funzionalità di mettersi da parte. Però lo

fanno volontariamente e quindi gratuitamente, noi interveniamo nell'eventualità in cui succedano degli incidenti o degli infortuni, che comportino delle conseguenze di natura patrimoniale ed economica agli interessati. Ma veramente l'offrire dei premi di buona uscita o una indennità o una gratifica, credo sia fare un qualche cosa che i vigili, proprio per lo spirito con cui operano, non riterrebbero giustificato, e noi, come responsabili a livello politico, dobbiamo seguirli.

PRESIDENTE: Allora metto in votazione l'art. 25: approvato ad unanimità.

La seduta è rinviata al pomeriggio alle ore 15,30.

Ore 12.40.

Ore 15,35.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Art. 26

Il comandante ed il vice comandante dei Corpi volontari sono nominati dal sindaco su designazione del Corpo, sentito l'ispettore provinciale; la designazione avviene mediante elezione a scrutinio segreto da parte dei membri del Corpo.

La carica è incompatibile con quella di sindaco o di assessore comunale.

Il comandante ed il vice comandante rimangono in carica cinque anni e possono essere riconfermati. In caso di grave violazione dei doveri d'ufficio sono revocati dal consiglio comunale con deliberazione motivata, sentito l'ispettore distrettuale o comprensoriale del servizio antincendi.

All'art. 26 è proposto il seguente emendamento: 1° comma, sostituire « sentito lo

ispettore provinciale », con « sentito l'ispettore distrettuale o comprensoriale ».

Metto in votazione l'emendamento: unanimità.

Metto in votazione l'art. 26 così emendato: approvato ad unanimità.

Art. 27

I vigili del fuoco volontari sono tenuti a portare in servizio l'uniforme coi distintivi del grado rivestito. I criteri per la foggia delle uniformi sono stabiliti dalla Giunta provinciale, su proposta dell'Unione provinciale antincendi.

Metto in votazione l'art. 27: unanimità.

Art. 28

Gli automezzi comunque in dotazione al servizio antincendi, oltre al Pubblico registro automobilistico, sono iscritti, previa delibera del consiglio di amministrazione della Cassa provinciale antincendi, in appositi registri automobilistici istituiti presso ciascuna Amministrazione provinciale.

Le spese relative all'assicurazione degli automezzi dei Corpi volontari per la responsabilità civile, sono a carico della Cassa provinciale antincendi.

Pongo in votazione l'art. 28: unanimità.

Art. 29

L'iscrizione al Corpo volontario si effettua su invito pubblico del sindaco con indicazione dei requisiti per l'ammissione. I vigili volontari devono aver compiuto gli anni diciassette e possedere i requisiti di cui all'articolo 19, numeri 1, 3 e 6 della presente legge.

Qualora non possa venire costituito il cor-

po volontario per insufficienza di iscrizioni, il sindaco rinnova l'appello. Qualora l'appello non raggiunga l'effetto voluto e non si arrivi alla costituzione volontaria di un consorzio per il servizio antincendi con un Comune limitrofo, la Giunta provinciale dispone che il Comune venga unito in consorzio ad uno o più Comuni limitrofi, della stessa provincia, sentiti i Comuni interessati e l'ispettore distrettuale o comprensoriale regolando anche il riparto delle spese tra i Comuni consorziati.

Si osservano al riguardo, in quanto applicabili, le disposizioni della legge regionale sull'ordinamento dei Comuni.

Per i vigili del fuoco in servizio attivo, il limite massimo di età è fissato in sessantacinque anni.

Pongo in votazione l'art. 29: approvato ad unanimità.

Art. 30

In caso di incendi o di calamità i Corpi volontari devono intervenire nel territorio del Comune o dei Comuni consorziati.

Possono altresì intervenire di propria iniziativa nei Comuni limitrofi.

L'intervento è obbligatorio se richiesto dal comandante del Corpo volontario o dal sindaco del Comune limitrofo colpito, o dal Presidente della Giunta provinciale o dall'Assessore provinciale preposto al servizio antincendi.

L'intervento può essere disposto anche dall'ispettore provinciale, distrettuale o comprensoriale.

Il vigile in rapporto di lavoro subordinato ha diritto di ottenere dal proprio datore di lavoro il tempo libero necessario per assolvere al suo compito.

In caso di mancata retribuzione per cessazione delle attività lavorative derivante dal-

l'impiego nel servizio antincendi, la retribuzione stessa deve essere rimborsata al vigile, su sua richiesta, dal Comune in cui esso risiede, con diritto di rivalsa verso il Comune nel quale l'intervento ha avuto luogo.

Nell'ambito del territorio comunale o consorziale, l'intervento è gratuito; per interventi richiesti al di fuori di tale territorio le spese derivanti al Corpo dall'intervento devono essere rimborsate dal Comune nel quale l'intervento ha avuto luogo.

Le contestazioni sulle spese poste dalla presente legge a carico dei Comuni sono decise, in via amministrativa, dalla Giunta provinciale competente.

Pongo in votazione l'art. 30: approvato ad unanimità.

Art. 31

Ogni Comune deve provvedere alla sede del servizio antincendi, compresa la custodia e manutenzione degli attrezzi e materiali in dotazione; il Comune deve inoltre provvedere all'installazione ed alla manutenzione degli idranti stradali, al rifornimento idrico più appropriato alle possibilità locali, nonché all'installazione degli apparecchi di allarme.

Le spese per il consumo di energia elettrica e per il riscaldamento dei locali sono a carico dei Comuni.

Qualora non esista Ufficio tecnico comunale, la manutenzione degli idranti stradali e dei serbatoi di acqua antincendio è affidata ai Corpi dei vigili del fuoco, fermo restando l'onere a carico del Comune.

Nei riconoscimenti, nelle concessioni e nelle rinnovazioni di derivazioni di acque pubbliche deve essere riservata ai Comuni la quantità di acqua necessaria allo scopo antincendi proposta dal competente ispettore provinciale del servizio antincendi.

Metto in votazione l'art. 31: approvato ad unanimità.

Art. 32

Le Casse provinciali antincendi concorrono, nelle forme e nelle misure sottoindicate al finanziamento delle spese correnti dei bilanci dei Corpi volontari, regolarmente istituiti:

a) lire 245 annue pro abitante per i Comuni aventi popolazione fino a 10.000 abitanti, secondo le risultanze dell'ultimo censimento ufficiale;

b) lire 400 annue pro abitante per i Comuni aventi popolazione superiore a 10.000 abitanti e fino a 30.000 abitanti, secondo le risultanze dell'ultimo censimento ufficiale, esclusi i due capoluoghi di provincia;

c) lire 500 annue pro abitante per i Comuni aventi popolazione superiore a 30.000 abitanti esclusi i due capoluoghi di provincia;

d) lire 400.000 annue per ogni Corpo volontario regolarmente istituito nei due capoluoghi di provincia;

e) lire 120.000 annue per ogni Corpo volontario regolarmente istituito, esclusi i Corpi dei Comuni di Trento e di Bolzano; detto importo viene diviso in parti uguali per ogni corpo; in caso di consorzi fra Comuni, ai sensi dell'articolo 29 della presente legge, il contributo verrà erogato ad ogni Comune consorziato;

f) lire 1.000.000 annue a ciascuno dei seguenti Comuni non capoluogo di provincia: Borgo Valsugana, Cavalese, Cles, Fiera di Primiero, Fondo, Malé, Mezzolombardo, Pergine, Pozza di Fassa, Riva, Rovereto, Tione, Bressanone, Brunico, Egna, Malles, Merano, Monguelfo, Silandro, Vipiteno.

I contributi di cui sopra sono erogati dalla Cassa provinciale competente direttamente ai singoli Corpi volontari. Nei Comuni con più Corpi volontari i contributi di cui alle lettere a), b) e c), vengono ripartiti in base ad una

deliberazione del Comune, in cui risulti la popolazione residente nella zona di competenza di ciascun Corpo.

Il contributo di cui alla lettera f) deve essere utilizzato per il servizio antincendi interessante l'intero distretto.

Nei Comuni con più di 10.000 abitanti e con più Corpi volontari, la differenza fra i contributi di cui alla lettera a) e b), nonché a) e c), spetta al Corpo del capoluogo.

Qui abbiamo due emendamenti, tutti e due a firma Matuella, Dalsass, Angeli: lettera e): « lire 120.000 annue per ogni Corpo volontario regolarmente istituito, esclusi i corpi dei comuni di Trento e di Bolzano. In caso di consorzio fra comuni, ai sensi dell'art. 29 della presente legge, il contributo verrà erogato al corpo in ragione del numero dei comuni ».

Questo sarebbe sostitutivo, mi pare.

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich möchte bei Buchstabe e) auf etwas aufmerksam machen; da ist ein Satz drinnengeblieben von der alten Formulierung, der überhaupt nicht mehr hineinpaßt und somit keinen Sinn mehr hat, und zwar lautet dieser Satz: « detto importo viene diviso in parti uguali per corpo ». Das muß gestrichen werden, denn es hat überhaupt keinen Sinn mehr. Früher war dies drinnen, weil der fixe Beitrag jeder Gemeinde gegeben wurde.

UNTERBRECHUNG

DALSASS (S.V.P.): Ach, dann ist schon gut!

(Riguardo la lettera e) desidero fare presente che ivi non è stata depennata una frase della formulazione precedente e cioè: « detto importo viene diviso in parti uguali per corpo »,

che ha perso ogni significato e pertanto si dovrà provvedere a depennarla; era stata infatti inserita nella formulazione precedente, poiché la quota fissa veniva liquidata ad ogni Comune.

INTERRUZIONE

DALSASS (S.V.P.): *Allora va bene!*

PRESIDENTE: L'emendamento relativo alla lettera e) è sostitutivo del testo della commissione.

Allora la domanda posta dall'assessore Dalsass è superata.

Allora possiamo votare su questo emendamento: unanimità.

C'è un altro emendamento alla lettera f): aggiungere dopo « Vipiteno » « Laives, Campo Tures, Chiusa e Naturno ».

C'è qualcuno che vuol illustrare, oppure chiede la parola per chiarimenti? Nessuno, allora lo metto in votazione: unanimità.

C'è un altro emendamento, degli stessi firmatari, penultimo comma, dopo « distretto » aggiungere « o comprensorio ».

Metto in votazione l'emendamento: unanimità.

Metto in votazione l'art. 32 così emendato: unanimità.

Art. 33

Le Giunte provinciali di Trento e Bolzano deliberano — su proposta delle rispettive unioni provinciali e sentito il consiglio di amministrazione della competente Cassa provinciale — la erogazione ai Corpi volontari dei vigili del fuoco di contributi per spese straor-

dinarie in base ad un piano pluriennale di sviluppo del servizio antincendi e tenendo conto di interventi particolarmente onerosi.

La concessione dei contributi sarà subordinata ad una partecipazione alla spesa da parte del Comune interessato.

Il Consiglio regionale assegna con la legge di bilancio a ciascuna Provincia un fondo per l'erogazione dei contributi straordinari di cui al presente articolo.

Pongo in votazione l'art. 33: approvato ad unanimità.

Art. 34

Il comandante del Corpo volontario presenta al Comune entro il mese di settembre di ogni anno, la proposta di bilancio preventivo del Corpo ed entro il mese di febbraio di ogni anno il conto consuntivo.

Il consiglio comunale delibera il bilancio del Corpo che deve essere in pareggio, tenendo conto dei contributi assegnati al Corpo ai sensi del precedente articolo.

Il bilancio del Corpo prevede tutte le spese ordinarie e straordinarie inerenti al servizio antincendi del Comune, comprese quelle relative alla manutenzione, all'acquisto e alle rinnovazioni del materiale antincendi, delle uniformi e dell'equipaggiamento dei vigili. Restano escluse le spese gravanti direttamente sul Comune ai sensi degli articoli 30 e 31 della presente legge.

Le entrate del bilancio preventivo sono costituite dagli introiti per i servizi a pagamento e per manifestazioni, dalle oblazioni volontarie e dai contributi del Comune, della Cassa provinciale antincendi e della Provincia o di altri enti o privati, nonché dagli interessi dei beni patrimoniali e dal corrispettivo per la alienazione di mezzi fuori uso.

Le deliberazioni del consiglio comunale relative al bilancio e al conto consuntivo dei Corpi volontari, sono sottoposte al controllo di legittimità e di merito della Giunta provinciale secondo le norme della legge 23 novembre 1963, n. 29.

C'è un emendamento a firma Matuella, Dalsass, Angeli: all'ultimo comma dell'art. 4 aggiungere « e successive modificazioni ed integrazioni ».

Pongo in votazione questo emendamento: unanimità.

Pongo in votazione l'art. 34: unanimità.

Art. 35

Le Casse provinciali provvedono a corrispondere le indennità temporanee e permanenti ai vigili del fuoco volontari, compresi gli ispettori provinciali, distrettuali e comprensoriali infortunati in servizio o per causa di servizio, ed alle persone chiamate a prestare la propria opera a norma del successivo articolo 43 della presente legge.

Le Casse provinciali provvedono inoltre ad assicurare a terzi, in caso di danni arrecati a persone o cose dagli automezzi ed attrezzature in dotazione ai Corpi permanenti o volontari in servizio di istituto, il supero del danno rispetto a quello risarcito in sede di massimali alle polizze di assicurazione.

Col regolamento di esecuzione della presente legge, saranno determinate le misure delle indennità per invalidità temporanea e permanente da corrispondere al personale delle varie categorie e gradi e alle persone obbligate a prestare la propria opera ai sensi del successivo articolo 43, nonché le modalità per l'accertamento degli infortuni e per la liquidazione delle indennità stesse.

In ogni caso il trattamento economico non può essere inferiore a quello praticato dall'I. N.A.I.L.

Nel caso di malattia contratta nell'adempimento del servizio dai vigili del fuoco volontari non assicurati contro le malattie, il regolamento di esecuzione della presente legge determinerà la misura dell'assistenza sanitaria e ospedaliera, che non deve essere inferiore a quella praticata dalle Casse mutue provinciali di malattia di Trento e di Bolzano.

Le providenze previste dal presente articolo possono essere assicurate anche a mezzo di convenzioni con Istituti assicurativi.

Qui abbiamo due emendamenti sempre degli stessi proponenti, al 1° comma, dal testo della commissione togliere « provinciali » e sostituire « distrettuali e comprensoriali » con « distrettuali o comprensoriali ».

Metto in votazione l'emendamento: approvato ad unanimità.

Un altro emendamento: dopo « comprensoriali » aggiungere « ed i presidenti provinciali e distrettuali delle unioni dei vigili del fuoco ».

Metto in votazione l'emendamento: approvato ad unanimità.

Pongo in votazione l'art. 35: approvato ad unanimità.

Art. 36

Per la regolare manutenzione delle camere da fuoco e conseguente prevenzione degli incendi, è istituito, in ciascun Comune, il servizio obbligatorio di pulitura dei camini

A tal fine il territorio di un Comune può essere ripartito in zone, ed i territori di più Comuni possono essere riuniti in unica zona. A ciascuna zona deve essere assegnato uno spazzacamino, sentita l'Associazione provinciale di mestiere.

L'esercizio del mestiere di spazzacamino è esercitato in conformità alle rispettive leggi provinciali.

Le norme e le tariffe per la pulitura dei camini sono stabilite, sentita l'Associazione provinciale di mestiere, con apposito regolamento emanato dalle Giunte provinciali.

Pongo in votazione l'art. 36: approvato ad unanimità.

Art. 37

La Giunta provinciale, su proposta dello ispettore provinciale del servizio antincendi, determina quali stabilimenti industriali, depositi e simili sono tenuti ad istituire un servizio proprio di prevenzione e di estinzione incendi, specificando la dotazione minima di personale e di attrezzature e le relative caratteristiche tecniche.

I gruppi aziendali sono formati da dipendenti dell'azienda idonei al servizio antincendi.

Essi dipendono dalla direzione dell'azienda che è responsabile verso l'ispettore provinciale del servizio antincendi, al quale spetta il controllo e l'istruzione tecnica degli appartenenti ai gruppi.

In caso di necessità, il comandante del Corpo che dirige l'operazione di spegnimento o di soccorso, o il sindaco richiedono l'intervento di gruppi aziendali. In tale caso l'intervento è obbligatorio e gratuito

Pongo in votazione l'art. 37: approvato ad unanimità.

Art. 38

Tutti i Corpi volontari della provincia formano l'Unione provinciale dei Corpi volontari che rappresenta i Corpi nel loro complesso, ne coordina l'organizzazione, cura l'istruzione e lo addestramento, tutela gli interessi morali e materiali.

Tutti i Corpi volontari dei vigili del fuoco di un distretto formano l'Unione distrettuale qualora i due terzi dei Corpi lo deliberino. La

Unione distrettuale rappresenta i Corpi associati e ne cura il coordinamento e l'addestramento. Promuove altresì la solidarietà e provvede all'assistenza ai vigili e alle loro famiglie.

Gli statuti delle Unioni provinciali e distrettuali dei Corpi volontari sono approvati dalla Giunta provinciale, sentito il consiglio di amministrazione della rispettiva Cassa provinciale antincendi.

C'è un emendamento sostitutivo del secondo comma: « Tutti i corpi volontari dei vigili del fuoco di un distretto e comprensorio formano l'unione distrettuale qualora i due terzi dei corpi lo deliberino. L'unione distrettuale o comprensoriale rappresenta i corpi associati e ne cura il coordinamento e l'addestramento. Promuove altresì la solidarietà e provvede all'assistenza ai vigili e alle loro famiglie ».

Pongo in votazione questo emendamento: approvato ad unanimità.

Al 3° comma sostituire « distrettuali » con « distrettuali o comprensoriali ».

Pongo in votazione questo emendamento: approvato ad unanimità.

Metto in votazione l'art. 38: approvato ad unanimità.

Art. 39

Gli statuti delle Unioni provinciale e distrettuali previsti dal precedente articolo, devono contenere l'indicazione di tutti i compiti da esse svolti, degli organi ad esse preposti, nonché le norme organizzative e finanziarie necessarie al funzionamento delle Unioni stesse.

C'è un emendamento nel testo, sostituire « distrettuali » con « distrettuali o comprensoriali ».

Pongo in votazione l'emendamento: unanimità.

Pongo in votazione l'art. 39: approvato ad unanimità.

Art. 40

Le Casse provinciali antincendi concedono sussidi all'Unione provinciale e alle Unioni distrettuali dei Corpi volontari per il raggiungimento delle finalità previste dalla legge e dai rispettivi statuti e per le prestazioni loro richieste dagli organi del servizio antincendi di cui all'articolo 1 e in ragione del numero del Corpi e dei vigili del fuoco.

C'è un emendamento nel titolo e nel testo dell'articolo: sostituire « unioni distrettuali » con « unioni distrettuali o comprensoriali ».

Pongo in votazione l'emendamento: approvato ad unanimità.

Pongo in votazione l'art. 40: approvato ad unanimità.

Art. 41

Il comandante del Corpo permanente o volontario competente per territorio, dirige l'opera di spegnimento o di soccorso, e tutti i Corpi dei vigili del fuoco che intervengono per coadiuvare l'opera devono sottostare ai suoi ordini.

Qualora intervenga l'ispettore distrettuale o comprensoriale, questi assume la direzione delle operazioni, coadiuvato dal comandante del Corpo volontario competente per territorio.

Nel caso di intervento di un Corpo permanente diretto dal comandante, la direzione delle operazioni spetta al comandante stesso, coadiuvato dall'Ispettore distrettuale o comprensoriale e dal comandante del Corpo volontario competente per territorio.

Pongo in votazione l'art. 41: approvato ad unanimità.

Art. 42

In caso di incendio o di calamità pubblica il comandante che dirige le operazioni, qualora a suo giudizio insindacabile lo ritenga necessa-

rio al fine di evitare pericoli e danni maggiori, può ordinare la demolizione di costruzioni o parti di esse.

Salvo i casi di eventi particolarmente gravi, chiunque intervenga sul luogo del sinistro per mantenere l'ordine pubblico, deve agire in conformità delle disposizioni di carattere tecnico impartite dal comandante dei vigili del fuoco che dirige le operazioni.

Pongo in votazione l'art. 42: approvato ad unanimità.

Art. 43

In caso di incendio o di calamità pubblica tutti gli abitanti del Comune interessato, compresi quelli che sono di passaggio, sono obbligati, a richiesta del sindaco o di colui che dirige le operazioni, a prestare gratuitamente, in quanto idonei al lavoro e non esista pericolo, per i propri beni, la propria opera e a mettere a disposizione i mezzi agli scopi di cui al primo comma dell'articolo 1, con diritto al risarcimento di eventuali danni loro causati a seguito dell'intervento, a carico della Cassa provinciale antincendi competente per territorio.

Pongo in votazione l'art. 43: approvato ad unanimità.

Art. 44

Sono a pagamento:

a) i soccorsi tecnici prestati su richiesta di enti o privati ove non sussista più urgenza o al di fuori di eventi calamitosi;

b) le visite, i controlli ed i servizi di vigilanza obbligatori a norma di qualsiasi legge dello Stato, della Regione o delle Province, ovvero richiesti ai fini della prevenzione incendi.

I proventi riscossi dai Corpi permanenti o dai Corpi volontari a norma del presente articolo, sono devoluti ai rispettivi bilanci.

Ai Comuni che abbiano dovuto affrontare,

per opere di spegnimento di incendi di boschi o per interventi connessi a calamità pubbliche, spese particolarmente onerose, verranno concessi contributi a carico della Cassa regionale antincendi, rispettivamente del fondo provinciale per interventi di pronto soccorso.

C'è un emendamento all'ultimo comma: il testo della commissione va sostituito con « a carico della cassa provinciale antincendi, rispettivamente... », prima c'era « regionale ».

Pongo in votazione l'emendamento: approvato ad unanimità.

Pongo in votazione l'art. 44: approvato ad unanimità.

Art. 45

Contro i provvedimenti dell'ispettore provinciale è ammesso ricorso alla Giunta provinciale, da presentarsi entro quindici giorni dalla comunicazione.

Se la Giunta provinciale non decide entro i successivi dieci giorni, il provvedimento diventa definitivo.

Pongo in votazione l'art. 45: approvato ad unanimità.

Art. 46

La Giunta provinciale può chiedere che, per ciascun distretto, in relazione alle esigenze locali, un contingente degli iscritti ai Corpi volontari, in servizio da almeno un anno, venga esonerato dal richiamo alle armi per istruzione o mobilitazione ai sensi della legge dello Stato; la richiesta di esonero può essere presentata per i vigili che abbiano compiuto il trentesimo anno di età.

C'è un emendamento, dopo le parole « per ciascun distretto » aggiungere le parole « o comprensorio ».

Pongo in votazione l'emendamento; approvato ad unanimità.

Pongo in votazione l'art. 46 approvato ad unanimità.

Art. 47

Nella prima attuazione della legge provinciale istitutiva dei ruoli del servizio antincendi, alla copertura dei posti nei ruoli stessi, si provvederà mediante trasferimento d'ufficio del personale dei ruoli regionali del servizio antincendi.

Il personale trasferito sarà inquadrato nei ruoli provinciali nella medesima carriera e qualifica e con la medesima anzianità del ruolo di provenienza e godrà del trattamento economico previsto per la qualifica corrispondente all'organico regionale, oltre agli eventuali assegni personali riconosciutigli a norma di legge.

Pongo in votazione l'art. 47: approvato ad unanimità.

Art. 48

Ai nuovi oneri derivanti dall'attuazione della presente legge in aggiunta a quelli già autorizzati dalle leggi regionali che vengono abrogate, previsti in lire 110 milioni in ragione di anno, si provvede per l'esercizio finanziario 1972 mediante prelevamento di pari importo dal fondo speciale iscritto al capitolo n. 670 dello statuto di previsione della spesa per l'esercizio medesimo.

I contributi di cui all'articolo 32 della presente legge, vengono erogati a partire dall'esercizio finanziario 1972.

Pongo in votazione l'art. 48: approvato ad unanimità.

Art. 49

Fino a quando non sarà diversamente disposto si applicano, per quanto applicabili, i regolamenti di attuazione della legge regionale 20 agosto 1954, n. 24, salvo il rispetto delle competenze stabilite con la presente legge.

La legge regionale 20 agosto 1954, n. 24, e successive modificazioni ed integrazioni, è abrogata.

Pongo in votazione l'art. 49: approvato ad unanimità.

C'è qualcuno che chiede la parola per dichiarazione di voto?

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich hatte schon heute vormittag die Gelegenheit, den Standpunkt der Südtiroler Volkspartei darzulegen. Ich möchte noch ganz kurz zusammenfassen. In der Zwischenzeit kommen noch andere herein, so daß wir die Beschlußfähigkeit haben.

Ich sagte schon heute vormittags, daß die wichtigsten Punkte dieses Gesetzes erstens die Delegierung der Verwaltungsbefugnisse von der Region auf die zwei Provinzen, und zweitens eine umfassende bessere Finanzierung des Freiwilligen Feuerwehrdienstes sind, die auch mit diesem Gesetz gesichert erscheinen. Der dritte wichtige Punkt ist der, daß man die Freiwilligen Wehrmänner mehr zur Verantwortung und zur Mitarbeit heranzieht. Aus diesem Grunde werden auch die Bezirksverbände finanziert und zwar nicht nur, indem man im Gesetz eine Kannvorschrift vorsieht, sondern indem man eine Mußbestimmung hineingegeben hat. Ich kann wohl hier im Namen der Südtiroler Volkspartei erklären, daß mit diesem Gesetz eine echte Delegierung vorgenommen wird. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß dieses Gesetz auch mit dem Sichtvermerk der Regierung versehen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich die dringende Bitte an den Regionalauschuß und insbesondere an den zuständigen Assessor richten, er möge den Weg dieses Gesetzentwurfes verfolgen und, wenn Aufklärungen in Rom notwendig wären, dann möge man auch diese Aufklärungen geben, denn es kann sein, daß man in Rom unsere richtigen Verhält-

nisse nicht kennt und somit glaubt, hier irgendeine Überschreitung der Befugnisse feststellen zu müssen, und daß vielleicht etwas nicht gerade so verfassungsmäßig ist, wie es sein sollte. Man sollte ihnen diese Aufklärungen geben und ich bin überzeugt, wenn dies getan wird, dann wird das Gesetz auch demnächst in Kraft treten können. Aus diesem Grunde kann ich sagen, daß wir von der Südtiroler Volkspartei froh sind, wenn dieses Gesetz verabschiedet wird und wir auch selbstverständlich für dieses Gesetz stimmen werden.

Ho già avuto questa mattina l'occasione di esporre il punto di vista della S.V.P. Mi si permetta di riassumerlo brevemente e nel frattempo entreranno anche altri Consiglieri, dimodoché raggiungeremo il numero legale per deliberare.

Durante la seduta antimeridiana ho già fatto presente che i punti più importanti di questa legge sono innanzitutto la delega delle funzioni amministrative alle due Province ed in secondo luogo il miglior e più ampio finanziamento dei corpi volontari dei vigili del fuoco, pure essi garantiti dal presente provvedimento legislativo. Il terzo punto essenziale è rappresentato dalla tendenza di responsabilizzare maggiormente e di rendere più disposti alla collaborazione i vigili del fuoco e per questo motivo vengono date maggiori attribuzioni agli ispettori distrettuali. È previsto inoltre il finanziamento delle unioni distrettuali, e ciò non con una norma di legge facoltativa, ma bensì tassativa. Posso dichiarare a nome della S.V.P. che con questa legge viene attuata una vera e propria delega e mi auguro che detto provvedimento venga pure vistato dal Governo. A tal proposito desidero pregare caldamente la Giunta regionale ed in particolare l'Assessore competente, di voler seguire l'iter della legge in parola, e qualora in sede romana si rendessero

necessari dei chiarimenti, di volersi adoperare in tal senso, poiché a Roma forse non si conoscono le nostre vere condizioni e pertanto potrebbe accadere che gli organi preposti notino qualche trasgressione delle competenze o forse qualche imperfezione a carattere costituzionale. In tal caso si dovrebbe fornire loro delucidazioni e sono persuaso che mediante simile intervento la legge possa entrare effettivamente in vigore. Per questo motivo posso affermare che il gruppo consiliare della S.V.P. è soddisfatto, sempre che si approvi questo provvedimento legislativo, a favore del quale naturalmente voteremo.

PRESIDENTE: C'è qualcun altro che chiede la parola per dichiarazione di voto? Se nessuno chiede la parola, prego di distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

Esito della votazione:

31 votanti

30 sì.

1 no.

La legge n. 154 è approvata.

Passiamo alla trattazione delle **interrogazioni e interpellanze**.

Interrogazione n. 371 del cons. Gouthier all'assessore alla sanità:

Il sottoscritto Consigliere regionale avv. Anselmo Gouthier chiede di interrogare il signor Assessore alla Sanità per conoscere se risponda al vero che la Cassa Mutua provinciale di Malattia di Bolzano intende cedere in appalto il servizio di pulizia sino ad ora gestito direttamente, per quanto riguarda sia la sede centrale, sia la sede di Via Palermo, sia la sede di Merano e di Bressanone. Tale misura, pregiudicherebbe infatti la posizione dei quaranta e più addetti al servizio di pulizia.

Il sottoscritto chiede se quanto sopra esposto risponda a verità e, in caso affermativo, quali misure intenda adottare affinché vengano pienamente rispettati i diritti e gli interessi dei lavoratori che sino ad ora hanno accudito al servizio delle pulizie.

La parola all'assessore.

FRONZA (Assessore enti sanitari e ospedalieri, previdenza sociale - D.C.): In risposta alla interrogazione del consigliere regionale avv. Gouthier, che propone il problema del passaggio dalla gestione diretta all'appalto del servizio di pulizia presso la Cassa mutua provinciale di malattia di Bolzano, debbo innanzitutto informare che l'Assessorato, di cui sono responsabile, non ha avuto diretta notizia dalla Cassa circa il problema stesso e non ha potuto quindi sino ad ora interferire nello stesso, trattandosi di questione rientrante tra le materie non soggette alla vigilanza della Regione ai sensi dell'articolo 8 della L.R. 20 agosto 1954, n. 25 e per questo pienamente spettante all'autonoma determinazione del Consiglio di amministrazione della Cassa anzidetta.

Comunque, appena avuta la segnalazione, ho provveduto ad assumere le necessarie notizie. È così risultato che il problema della convenienza economica di concedere in appalto il servizio di pulizia dei locali della Cassa mutua di Bolzano, anziché gestirlo in proprio, era stato più volte prospettato in seno alla Commissione consiliare del patrimonio della Cassa, senza peraltro giungere a decisioni conclusive. Recentemente però una ditta specializzata nel ramo avrebbe presentato una offerta in termini economici tali da non poter responsabilmente essere ignorati dal Consiglio di amministrazione della Cassa.

Quindi, in seno alla Commissione consiliare del patrimonio l'argomento è stato ripreso e la questione è stata sottoposta al Consiglio di amministrazione della Cassa raccomandando

do, in caso di adozione del nuovo sistema, di affidare l'appalto a condizione che il personale di pulizia dipendente dalla Cassa fosse garantito nel posto di lavoro e nei suoi diritti acquisiti.

È da precisare che tale personale, per la sede di via Amba Alagi, è costituito da sedici unità assunte con rapporto di lavoro a tempo indeterminato e non figuranti nei ruoli organici.

Il Consiglio di amministrazione della Cassa di Bolzano, dopo approfondito esame e ampia discussione, ha deliberato di accedere all'appalto dei lavori di pulizia, ponendo peraltro la condizione, suggerita dalla sua commissione, che la ditta appaltatrice si impegnasse ad assumere i dipendenti attualmente adibiti a tale servizio, con un trattamento non inferiore a quello attuale.

Sotto il profilo della giusta tutela del personale interessato sembra quindi potersi affermare che il Consiglio di amministrazione della Cassa si è preoccupato che il provvedimento in esame non determinasse pregiudizio per le forze di lavoro attualmente occupate nel servizio.

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Ho sentito dalle dichiarazioni del signor assessore che segue veramente il problema.

PRESIDENTE: Interrogazione n. 375 della cons. Gebert-Deeg all'assessore alla sanità:

Secondo un'informazione dell'ente regionale ENPAS, e come risulta da un documento presentato dal presidente dell'ASGB, suddetto ente intende assumere prossimamente 15-20 infermiere, senza peraltro richiedere il necessario requisito della conoscenza della lingua tedesca.

Ciò premesso il sottoscritto consigliere regionale rivolge l'interrogazione urgente al Presidente della Giunta regionale, nella fattispecie all'assessore competente per il settore della sanità della Regione, per sapere:

a) se la Giunta regionale sia edotta in merito a queste nuove assunzioni;

b) ed in caso affermativo, se il competente assessore alla sanità sia già intervenuto a tal proposito;

c) caso contrario, quali misure egli intenda adottare per garantire il rispetto delle norme sulla bilinguità, di cui al nuovo statuto di autonomia nonché per salvaguardare la proporzionale etnica.

Si richiede risposta urgente per iscritto.

Leggo la risposta scritta dell'assessore Fronza:

« È noto che la recente legge 6 dicembre 1971, n. 1053 ha disposto, con decorrenza dal 1° luglio 1972, il diritto degli assistiti dall'Ente nazionale di previdenza e assistenza per i dipendenti statali e dall'Ente nazionale di previdenza per i dipendenti da enti di diritto pubblico all'assistenza sanitaria in forma diretta opzionale.

Ciò ha comportato l'esigenza di una urgente ristrutturazione di tutti i servizi, specialmente di quelli a carattere tecnico sanitario, sia a livello centrale che a livello di ciascuna sede provinciale.

In particolare la sede di Bolzano è stata autorizzata da parte dell'Amministrazione centrale ad assumere, gradualmente in relazione alle esigenze, n. 17 infermiere e n. 2 tecnici di laboratorio.

La Direzione di quella sede, secondo tali istruzioni, ha disposto l'assunzione di otto infermiere, il cui rapporto di impiego è regolato dal contratto vigente per la categoria a livello nazionale; procederà in un prossimo futuro al

completamento delle assunzioni in relazione alle necessità di potenziamento e di ristrutturazione del servizio, al quale sono connesse altresì esigenze di ammodernamento e ampliamento della sede.

Per quanto concerne le preoccupazioni fatte presenti dall'interrogante, occorre precisare che le assunzioni sono state effettuate e vengono effettuate sulla base di graduatorie stabilite presso l'Amministrazione centrale e fornite alle singole sedi. Da tali graduatorie la Direzione della sede di Bolzano ha derogato di propria iniziativa in relazione alla necessità di rispettare i principi dello Statuto speciale di autonomia relativi al bilinguismo.

Delle otto infermiere ormai in servizio due infatti appartengono al gruppo linguistico tedesco, mentre per le altre sei è stata accertata la conoscenza della seconda lingua tale da garantire in maniera soddisfacente l'espletamento dei compiti inerenti al servizio.

Al riguardo pare doveroso fare presente che la Direzione della sede di Bolzano, ponendo particolare attenzione a tali problemi, ha esaminato positivamente tutte le domande inoltrate alla sede entro il 30 giugno u.s. da parte delle infermiere appartenenti al gruppo linguistico tedesco o in grado comunque di corrispondere nelle due lingue.

Per quanto attiene infine al rapporto di composizione etnica nelle nuove assunzioni, si ritiene opportuno fare presente che i dipendenti statali e familiari a carico residenti nella provincia di Bolzano, assistiti da parte dell'E.N.P.A.S., assommano a circa 44.000 unità, delle quali circa 40.000 appartengono al gruppo linguistico italiano e circa 4.000 al gruppo linguistico tedesco.

E' da ritenere quindi che nel caso specifico siano stati rispettati i principi per i quali, secondo l'applicazione fin qui fatta in sede regionale e secondo una logica interpretazione

delle norme, la composizione etnico linguistica sia degli organi che dei dipendenti degli enti locali va riferita alla composizione dei soggetti ai quali l'attività degli enti stessi è destinata.

Preme ancora sottolineare che la Direzione dell'E.N.P.A.S. di Bolzano assicura che, per le prossime assunzioni che verranno disposte in ordine al potenziamento dei servizi sopra richiamato, e fino a tanto che la Direzione centrale non provvederà a bandire appositi concorsi, porrà particolare attenzione al rispetto delle norme sul bilinguismo e sulla composizione etnica contenute nello Statuto speciale di autonomia.

Distinti saluti ».

Interrogazione n. 378 del cons. Mayr al Presidente della Giunta regionale:

Per « rendere omaggio al lavoro e alla responsabilità del sindaco e per valorizzare materialmente la sua funzione e quella del vicesindaco » la regione federata austriaca del Tirolo con legge del 29 novembre 1971 concernente le indennità ai consiglieri comunali e quella di carica al sindaco, nonché il di lui diritto ad una pensione, ha istituito il « Consorzio dei Comuni per gli emolumenti ai sindaci cessati dal loro mandato », consorzio al quale hanno aderito tutti i comuni.

Secondo tale legge dopo 15 anni di carica e dopo aver raggiunto l'età di 60 anni, il sindaco ha diritto ad un assegno permanente nella misura del 50 % della indennità di carica da lui goduta. La stessa viene maggiorata del 3% per ogni ulteriore anno di carica, raggiungendo con 25 anni la percentuale massima dell'80 % dell'indennità di carica.

I compiti e la responsabilità dei sindaci della nostra Provincia non sono certamente minori rispetto alla situazione nella regione federata austriaca del Tirolo e neppure rispetto ai consiglieri regionali e provinciali non rico-

prenti la carica di assessore, ciò che allo stato attuale delle leggi concernenti tutte le materie, di fronte ai crescenti impegni richiesti ai Comuni. non ha bisogno di essere maggiormente illustrato.

In considerazione della circostanza che, per regolare siffatta « pensione ai sindaci » nella nostra Provincia, vanno tenuti presenti altri principi giuridici, il sottoscritto consigliere regionale — riferendosi alla sua interrogazione orale del 12 maggio 1972 fatta al Consiglio provinciale dell'Alto Adige in occasione del dibattito sul bilancio di previsione per il 1972 per conoscere al riguardo l'orientamento di massima della Giunta provinciale di Bolzano —, si permette di interrogare la Giunta regionale del Trentino-Alto Adige per sapere, se non intenda a sua volta presentare un apposito disegno di legge regionale per la concessione dell'anzidetta « pensione ai sindaci », e, se non intenda altresì — d'intesa con i Consorzi dei Comuni delle due Province — istituire tale pensione in analogia con l'assegno previsto a favore dei consiglieri regionali. In proposito occorrerebbe disciplinare pure la materia relativa ai sindaci cessati dal loro mandato, utilizzando al riguardo ogni possibile forma assicurativa sia obbligatoria tramite la Regione rispettivamente il Comune, sia volontaria da parte degli interessati stessi mediante contributi propri anche sotto forma di eventuali versamenti integrativi per interi periodi di carica, nonché attraverso la continuazione volontaria delle contribuzioni precedenti.

La parola al cons. Mayr:

MAYR (S.V.P.): Herr Präsident! Ich habe eigentlich dem Inhalt meiner Anfrage nichts hinzuzufügen, als vielleicht noch ein, zwei Schwerpunkte dieser Anfrage zu erläutern.

Ich glaube, es wäre billig und recht, wenn man genauso, wie für uns Regionalräte, Land-

tagsabgeordnete auch für die Bürgermeister, die doch eine sehr große Verantwortung tragen, eine ähnliche Versorgung einführen würde, wie sie eben auch für uns gegeben ist. Und zwar deswegen, weil die Verantwortung heute in den Gemeinden sehr groß ist; denken wir an die Sanitätsgesetze, denken wir an das Bauwesen, wir alle wissen, daß viele Bürgermeister mit einem Fuß bereits ständig in Gefahr sind, im Gefängnis zu landen. Dieser Umstand, glaube ich, muß uns zu jenem Respekt auch in materieller Anerkennung führen, daß man die Tätigkeit dieser verantwortlichen Leute draußen in der Verwaltung aufwertet, indem man ihnen diese Tätigkeit auch dementsprechend honoriert. Ich meine, wir haben mit dem Regionalgesetz über die Gemeindeordnung die Bezüge der Bürgermeister in entsprechende Richtlinien gewiesen und ich glaube, es wäre wirklich angebracht, dem Beispiel Nordtirols und Österreichs zu folgen. Selbstverständlich ist dieses Problem mit Schwierigkeiten verbunden, das ist mir völlig klar, weil die ausgeschiedenen Bürgermeister von 1952 herauf bis heute vielleicht die schwierigste Aufbauarbeit in unseren Gemeinden leisten mußten. Daß man diese Leute ausschalten kann, das wäre ungerecht. Ich möchte sagen, eine solche Regelung stelle ich mir nur vor, wenn auch die Region entsprechend in ihre Tasche greift und für die ausgeschiedenen Bürgermeister in einer Kasse, einer Pensionskasse entsprechende Beiträge leistet. Es gibt viele Ideen, wie man hier zum Ziele kommen kann, man könnte auch die Regelung so aufbauen, daß man keinen neuen Fonds schafft, sondern eventuell den Fonds der Kasse der Regionalratsabgeordneten in einem bestimmten Verhältnis zu den Bezügen, die wir, oder die Bürgermeister aufgrund des Gemeindeordnungsgesetzes beziehen, aufbaut. Ich erlaube mir, diese Anregung zu geben und es wäre sehr anerkennenswert, wenn die Regionalregierung diese Bürgermeisterpension einführen könnte. Sie soll mit allen jenen Krite-

rien, wenn sie eingeführt wird, behaftet sein, die dem Amt des Bürgermeisters Würde geben, die ihn nicht als Lohnempfänger der Gemeinde abstempeln und vor allem, daß die Freiwilligkeit einer vollkommenen Aufzahlung auf 100% gewährleistet wird, damit sich einer nicht an das Amt noch hält, um etwa dann einen Pensionsbezug zu bekommen, also es muß psychologisch überall abgestützt sein, damit eine solche Regelung stattfinden kann. Ich glaube, es wäre eine Anerkennung für die Verantwortlichen der Lokalverwaltung, die das letzte Glied unserer Autonomie sind, nämlich die Gemeinden.

Signor Presidente! Al contenuto della mia interrogazione non ho nulla d'aggiungere, ma desidero commentare uno o due punti importanti della medesima.

Ritengo equo e giusto che si provveda ad introdurre un sistema di previdenza, simile a quello previsto a favore di noi Consiglieri regionali e provinciali, anche per i sindaci, in quanto la reggenza di un comune richiede veramente un alto senso di responsabilità; considerando a tal proposito le leggi sanitarie, l'edilizia ecc., sappiamo che i sindaci corrono in certo qual modo addirittura il rischio del carcere. Questa circostanza deve incutere in noi quel rispetto e riconoscimento anche di natura materiale. È giusto che si rivaluti l'attività di queste persone responsabili delle amministrazioni comunali, riservando loro un corrispondente onorario. Credo che con la legge regionale sull'ordinamento dei comuni abbiamo dato le rispondenti direttive circa le indennità per la carica di sindaco e sarebbe veramente opportuno seguire a tal riguardo l'esempio del Tirolo del Nord e dell'Austria.

Questo problema è naturalmente connesso con numerose difficoltà, essendo chiaro, come coloro, che hanno retto le amministrazioni comunali dal 1952 ad oggi, abbiano dovuto svol-

gere il più difficile lavoro di ordinamento. Sarebbe ingiusto ignorare semplicemente queste persone. Desidero dire che simile regolamento potrà essere attuato soltanto, se la Regione fosse disposta a versare corrispondenti contributi ad una cassa di previdenza a favore dei sindaci non più in carica. Vi sono molte idee che ci potrebbero condurre alla meta, si potrebbe, ad esempio, emanare un regolamento, senza dover peraltro istituire un nuovo fondo, ed ordinare la cassa di previdenza dei Consiglieri regionali in un determinato rapporto alle indennità che percepiamo o percepiscono i sindaci in base alla legge sull'ordinamento dei Comuni. Mi permetto di dare questo suggerimento, e sarebbe degno di plauso, se la Giunta regionale potesse introdurre l'assegno vitalizio anche a favore dei sindaci. Qualora venisse previsto detto trattamento, questo dovrà rispecchiare tutti quei criteri che danno prestigio alla carica di sindaco, e che non dia al primo cittadino la caratteristica di un dipendente comunale e soprattutto che si garantisca la prosecuzione volontaria, fino al conseguimento del diritto al pieno assegno vitalizio, onde evitare che l'uno o l'altro sindaco rimanga in carica soltanto per maturare l'assegno di cui sopra. Deve quindi trattarsi di un provvedimento sicuro sotto ogni profilo psicologico, per poter attuare simile regolamento, che rappresenterebbe un riconoscimento per i responsabili dell'amministrazione locale, istituto basilare della nostra autonomia, quale è il Comune.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

GRIGOLLI (Presidente G.R. - D.C.): Il tema che pone il cons. Mayr ha più aspetti da considerare. Per il fatto che in altri Paesi questo problema ha avuto soluzione, non è che possa, immagino, consentirci di dare ora, in que-

sto momento, una risposta precisa, sia sul sì che sul no. In questo caso neanche sul sì, perché qui andiamo a toccare molte tematiche, prima di tutto quella che riguarda una adeguata considerazione della autonomia comunale. Evidentemente si può riconoscere che l'attività svolta dai sindaci, in molti anni e con molte benemeritenze, possa avere un certo riconoscimento anche nella forma alla quale si riferisce il cons. Mayr, di un pensionamento o di qualche cosa del genere. Però comprendiamo tutti che se questo venisse fissato con legge regionale, andremmo sicuramente incontro a tipi di reazione come abbiamo avuto quando, ad esempio, abbiamo fissato con legge regionale, il che era inevitabile evidentemente, anche l'indennità da riconoscere ai sindaci in rapporto a certe scale di popolazione che risiedono nei comuni. Io dico che, accanto a questo aspetto, che riguarda quindi un giudizio che tocca l'autonomia del comune, quindi una valutazione di opportunità di carattere generale, ve ne sono altre di carattere per così dire etico, e c'è da domandarsi se non si vada a finire in una situazione per la quale il sindaco viene posto a carico della comunità per tutta la vita, quindi con giudizi che inevitabilmente nei paesi, nelle piccole comunità, riguardano anche valutazioni sulle persone, il pro e il contro, il merito e il demerito, quindi con una complessità di giudizi su questo tipo di iniziativa, giudizi che devono essere effettivamente e profondamente valutati. Non credo che si possa stabilire una connessione con le situazioni dei consiglieri regionali, con il fondo pensioni che esiste, perché se è vero che noi abbiamo potuto stabilire questa situazione, è anche vero che nel caso dei comuni una analoga soluzione sarebbe vista e considerata dal cittadino come più direttamente gravante sulle finanze pubbliche, quindi sul suo apporto personale alle pubbliche finanze, quindi con più possibilità evidentemente di giudizio e di critica generale, su quello che era il caso di fare o su quello che non era il caso di fare. In certo

modo, voglio dire che la nostra situazione sfugge a un giudizio diretto, perché meno esposta a questo giudizio diretto; trasportata questa stessa soluzione del fondo pensioni in campo locale, comunale, è chiaro che attira subito più giudizi di pro e di contro, ma che spesso sarebbero sulla opportunità più di contro che di pro.

Quindi penso che non valga la pena di riferirsi alla situazione di altri in Germania, non fosse altro perché là in genere i bilanci sono, non dico più prosperi, ma comunque meglio consolidati dal punto di vista della situazione finanziaria in generale, e spesso anche molto più prosperi.

Questo è un tema sul quale possiamo fare una certa riflessione, ma riflessione che evidentemente comporta molta attenzione, senza quindi pregiudicare fino da adesso una valutazione conclusiva, né sul pro né sul contro. Se il cons. Mayr vuole sapere adesso il mio personale parere, esso è di profonda perplessità circa questa opportunità.

PRESIDENTE: Interrogazione n. 377 del cons. Betta all'assessore Fronza:

Il sottoscritto Consigliere regionale rag. Claudio Betta chiede di poter interrogare il signor Assessore alla previdenza e sanità per sapere se sia a conoscenza che nel Comune di Carano le pensioni di vario tipo (VO - SO ecc.) vengono pagate tramite banca dopo il 20 del mese mentre in altri centri le stesse possono essere riscosse nei vari uffici postali nei giorni dal 12 al 15 come massimo.

Trattandosi di persone che hanno assoluto bisogno dell'importo seppure non notevole della pensione per poter in qualche modo vivere e quindi anche il ritardo di pochi giorni influisce in maniera determinante sul già magro bilancio familiare, l'interrogante chiede di sapere se l'assessore sia intenzionato a portare il ca-

so segnalato all'Istituto Nazionale della Previdenza Sociale in modo da trovare una formula che riesca a risolvere il quesito e a far avere le somme delle pensioni nei termini in cui anche gli altri pensionati possono ottenerle.

Chiede risposta scritta e ringrazia.

Leggo la risposta scritta dell'assessore Fronza:

« In merito a quanto chiesto nella interrogazione cui si risponde, e dopo aver assunto le debite informazioni presso la sede provinciale dell'I.N.P.S. di Trento, si conferma che in effetti nell'Comune di Carano, unica eccezione nell'ambito provinciale, le pensioni di detto istituto non vengono pagate secondo il sistema tradizionale direttamente ai beneficiari o a persona da essi delegata.

La sede dell'I.N.P.S. emette verso il 10-11 di ogni mese ordine di pagamento intestato al Sindaco di Carano e a carico della Banca nazionale del lavoro di Trento, di un importo approssimativamente corrispondente al totale delle rate di pensione in pagamento nello stesso comune. La Banca trasferisce lo stesso importo presso un Istituto di credito locale, a nome del Sindaco di Carano il quale invita i pensionati a riscuotere la propria rata di pensione in municipio.

Ora, mentre è da ritenere che l'ordine di pagamento emesso dall'I.N.P.S. entro il termine sopracitato dovrebbe consentire di norma la riscossione delle pensioni entro la metà di ciascun mese, si riconosce che possano in effetti riscontrarsi dei ritardi, che, per le considerazioni fatte dall'interrogante, vanno a sostanziale detrimento dei pensionati.

Per tali motivi, e al fine di evitare tale inconveniente, la sede dell'I.N.P.S. di Trento si è impegnata ad emettere fino dal prossimo mese gli ordini di pagamento a carico della Banca nazionale del lavoro con qualche giorno di an-

ticipo sulle date consuete, sì da garantire che le rate di pensione possano essere riscosse da ciascun pensionato nei termini previsti per la generalità dei titolari di pensione I.N.P.S., residenti in altri comuni.

Preme da ultimo sottolineare che la sede provinciale dell'Istituto di Trento non ha alcuna difficoltà a disporre anche per i pensionati residenti nel Comune di Carano il pagamento dei ratei direttamente tramite l'Ufficio postale, secondo il sistema in uso per la generalità dei pensionati. A tale scopo sarà sufficiente che venga inviata apposita richiesta.

Distinti saluti ».

Interrogazione n. 379 del cons. Mayr al Presidente della Giunta:

Consta che le interrogazioni presentate dal sottoscritto consigliere regionale alla Presidenza del Consiglio regionale, pur essendo in base al vigente regolamento interno stata chiesta risposta scritta ai membri della Giunta regionale, i competenti assessori regionali avevano risposto soltanto in lingua italiana. Trattasi della:

risposta dell'assessore regionale dott. Bruno Fronza alle interrogazioni:

- n. 369 del 6 aprile 1972 concernente i contributi regionali a favore delle Casse Mutue Provinciali di Malattia dei coltivatori diretti, degli artigiani e dei commercianti;
- n. 357 del 9 febbraio 1972 concernente il riconoscimento dei titoli di studi per medici conseguiti all'estero ai sensi della legge regionale n. 20/1970;
- n. 356 del 9 febbraio 1972 concernente le assegnazioni del fondo sociale della CEE a favore di corsi in materia di rieducazione professionale;
- n. 332 del 17 novembre 1971 concernente

l'uso della lingua tedesca nell'Ufficio Provinciale del Lavoro di Bolzano;

- *n. 327 del 10 novembre 1971 concernente l'applicazione delle leggi regionali per l'assicurazione malattia dei lavoratori agricoli;*
- *n. 307 del 5 settembre 1971 concernente la composizione del comitato regionale dell'INPS ai sensi del D.P.R. n. 369 del 30 aprile 1970;*
- *n. 265 del 12 maggio 1971 concernente il nuovo piano delle farmacie della Provincia di Bolzano;*

risposta dell'assessore regionale dott. Sergio Matuella alle interrogazioni:

- *n. 303 del 5 settembre 1971 concernente le assegnazioni di fondi ai comuni per la eliminazione di danni alluvionali;*
- *n. 301 del 5 settembre 1971 concernente la installazione di distributori lungo l'Autostrada del Brennero;*

risposta dell'assessore regionale prof. Aldo Ongari alle interrogazioni:

- *n. 365 del 6 marzo 1972 concernente le assegnazioni dal fondo nazionale di solidarietà ai sensi della legge nazionale n. 364 del 25 maggio 1970;*
- *n. 302 del 5 settembre 1971 concernente la ripartizione delle assegnazioni ex lege n. 364/1970 a favore delle province di Bolzano e Trento;*
- *n. 272 del 25 maggio 1971 concernente l'applicazione delle nuove tariffe per il risarcimento di danni causati da esercitazioni militari;*

risposta dell'assessore regionale rag. Valentino Pasqualin all'interrogazione

- *n. 366 del 6 marzo 1972 concernente il risarcimento a privati ecc. da parte della Società*

per l'Autostrada del Brennero mentre

il Presidente della Giunta regionale dott. G. Grigolli alle sottoindicate interrogazioni aveva risposto in lingua tedesca:

- *n. 350 del 20 maggio 1972 concernente le assegnazioni ai comuni per la copertura di disavanzi di bilancio,*
e
- *n. 306 del 5 settembre 1971 concernente il servizio telefonico di teleselezione.*

Da quanto sopra emerge che negli uffici della Giunta regionale l'uso della lingua tedesca non è garantito, il che — prescindendo dal diritto dell'interrogante alla risposta nella propria lingua materna — nel caso in oggetto non è soltanto in contrasto con le norme del regolamento interno del Consiglio regionale, ma contrasta in primo luogo pure con le norme della legge costituzionale n. 1 del 10 novembre 1971.

Ciò premesso il sottoscritto consigliere chiede alla Giunta regionale per sapere:

- *quali siano le cause per il fatto che né presso gli uffici della Giunta regionale né nel regolamento interno del Consiglio regionale venga garantito l'uso della lingua tedesca;*
- *che cosa la Giunta regionale intenda senza indugio fare per garantire ai cittadini il diritto legalmente stabilito all'uso della lingua tedesca*

Leggo la risposta scritta del Presidente della Giunta:

« Sehr geehrtes Regionalratsmitglied!

Ich habe die von Ihnen eingebrachte Anfrage erhalten, mit der Sie um Angabe der Gründe ersuchen, weshalb die Mitglieder des Regionalausschusses Ihnen in bestimmten Fällen die Antworten auf die eingebrachten An-

fragen und Interpellationen nicht in deutscher Sprache zukommen ließen.

Wahrscheinlich ist dies aus einem unfreiwilligen Mißverständnis erfolgt, sooft die Mitglieder des Regionalausschusses den Wortlaut der Anfrage nur in italienischer Sprache erhalten haben, auch wenn sie den Ämtern des Regionalrates, die sie ins Italienische übersetzt haben, in deutscher Sprache vorgelegt wurde. In solchen Fällen wurde die Antwort in der Sprache gegeben, in der der Wortlaut der Anfrage verfaßt war, der den Mitgliedern des Regionalausschusses zugeleitet wurde.

Andererseits enthält die Geschäftsordnung des Regionalrates in den Art. 119 und 119/bis über den Gebrauch der deutschen Sprache keinerlei Verfügung hinsichtlich der Übersetzung der Anfragen, Interpellationen und Beschlüßanträge. Dies kann auf die Zweckmäßigkeit von Anpassungen und genaueren Bestimmungen hinweisen, die von der zuständigen Stelle ausgehen müßten.

Was den Regionalausschuß anbelangt, so habe ich bereits Anweisungen gegeben, daß die Anfragen und Interpellationen von Ratsmitgliedern der deutschen Sprachgruppe von nun an in der Sprache beantwortet werden, die in der Anfrage oder Interpellation verwendet wurde.

Mit den besten Grüßen.»

Sono finite le interrogazioni e le interpellanze, l'ordine del giorno è esaurito e pertanto chiudiamo questa tornata del Consiglio regionale, augurando almeno a tutti i presenti consiglieri buone ferie ed arrivederci in settembre.

Ringraziamo la stampa, i traduttori, tutti gli impiegati per la loro collaborazione, auguriamo a tutti quanti buone ferie e un proficuo nuovo lavoro in settembre.

La seduta è chiusa.

Ore 16,40.

